

# Vorwärts

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Bekannt-  
 machung für 1897 unter Nr. 7497.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepolte Kolonne  
 zelle oder deren Raum 40 Pf., für  
 Verordnungs- und Beschlüsse, Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Sonnabend, den 18. September 1897.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

### Reform der Untersuchungshaft.

Die Novelle zur Straf-Prozessordnung, die in der letzten Reichstags-Session gescheitert ist, hatte die preliminarye Entschädigung für unschuldig erklarte Straftäter enthalten; und auch diese geringe Konzession an das Rechtsgefühl war die Regierung nur zu machen bereit, weil sie gleichzeitig das Wiederaufnahmeverfahren in Strafsachen erschwerte, indem sie nämlich dem betr. Sträfling die Pflicht auflegte, seine Unschuld zu beweisen, während sonst moderne Strafrechtspflege verlangt, daß dem zu Verurteilenden die Schuld nachgewiesen werden müsse. — Das war alles, wozu sich die Justizverwaltung des Deutschen Reiches aufschwingen konnte; völlig ablehnend verhielt sich die Regierung zu der Forderung der Entschädigung für unschuldig erklarte Untersuchungshaft. Und doch ist diese Frage ungemein wichtiger, als die erste, weil es weit häufiger vorkommt, daß in Untersuchungshaft befindliche Angeklagte bei der Hauptverhandlung freigesprochen werden, als die Freisprechung bereits Verurtheilten im Wiederaufnahmeverfahren. Die deutsche Regierung konnte sich zu diesem Zugeständnis an das moderne Rechtsgefühl nicht entschließen, trotzdem der Reichstag mehrfach ein solches Verlangen ausgesprochen hatte, trotzdem die deutschen Juristen sich in diesem Sinne ausgesprochen hatten und trotzdem die Forderung in Italien, Portugal, Schweden, Norwegen, Dänemark, Oesterreich, Frankreich und auch in dem neuesten ungarischen Strafprozeß-Entwurf ganz oder theilweise befriedigt ist.

Die deutsche Regierung verweist sich auf die Möglichkeit, daß bei solcher Entschädigungs-Verpflichtung auch derjenige einmal die Entschädigung bekommen könnte, der wirklich schuldig ist, aber mangels Beweise freigesprochen wird. Als ob nicht dieses Uebel gegenüber der entschädigungslosen Untersuchungshaft unschuldiger das weit kleinere wäre! Es giebt kein einfacheres Verfahren, sich moralischer Verpflichtungen zu entziehen, als den Hinweis, daß die Wohlthaten auch einmal Unwürdigen zu gute kommen könnten. Und ferner meint man, die Untersuchungshaft vermeintlicher Verbrecher liege im Interesse der Allgemeinheit, und das Recht des Einzelnen müsse demgegenüber zurücktreten. Als ob es dann nicht recht und billig wäre, daß im Falle des Freitums die Allgemeinheit die Kosten der Schadloshaltung, soweit diese überhaupt möglich ist, trägt, wogegen jetzt der ganze Schaden dem einzelnen, sowie schon schwer Betroffenen aufgebürdet wird. Zahlt der Staat — um nur einen analogen Fall unter vielen herauszugreifen — nicht auch dem Landwirt Entschädigung für die im Wanderverfolg erfolgten Flurschäden?

Aber freilich: die mangelnde Entschädigung für unschuldig erklarte Untersuchungshaft ist nicht der einzige und nicht einmal der schwerste Mangel in der „Untersuchungshaft“, wie sie von der deutschen Strafprozeß-Ordnung geschaffen worden ist und wie sie in der Praxis von Gerichten und Gefängnisverwaltungen ausgeführt wird. Wieviel Leide werden alljährlich „wegen Fluchtverdachts“ eingesperrt, die man ebenso gut bis zum Ausgange des Prozesses ihren Haftstrafen nachgeben lassen könnte! Und wieviel Beschränkungen werden dem Untersuchungsgefangenen auferlegt, die mit dem Zweck der Untersuchungshaft nicht das mindeste zu thun haben! Mit diesen Mängeln beschäftigt sich eine sehr lesenswerthe Broschüre des Landrichters Bogi in Aurich<sup>\*)</sup>, der aus den Erfahrungen der Praxis heraus schonungslos die Widersinnigkeiten und Härten der jetzt üblichen Untersuchungshaft aufdeckt und einen umfassenden Reformplan aufstellt.

Zunächst die Nothwendigkeit oder Unnützigkeit der Inhaftnahme bei schwebenden Untersuchungen. Der Verfasser meint, es sei allerdings leicht und bequem, die schablonenmäßige Formel in die Akten zu schreiben: „Gleichzeitig wird die Verhaftung des Angeklagten beschlossen, da derselbe mit Rücksicht auf das Vorliegen eines Verdachtes der Flucht verdächtig erscheint.“ Es sei jedoch zu verlangen, daß in jedem einzelnen Fall die konkreten Thatfachen geprüft und angegeben werden, die für einen Fluchtverdacht sprechen. Den Fluchtmotiven stehen regelmäßig auch Motive gegenüber, die den Angeklagten zum Weiterbewegen beispielsweise kann es vielleicht seiner persönlichen Verteidigung gelingen, ein freisprechendes Urtheil zu erzielen, die Flucht dagegen würde den Zweifel an der Schuld beseitigen. Vielleicht halten ihn auch Familien- und Vermögensverhältnisse. Es ist auch zu prüfen, ob die Flucht überhaupt ausführbar wäre, ob die Landesgrenzen nicht zu weit liegen, ob der Angeklagte die Mittel zur Flucht besitzt zc. Alles dieses müsse genau gegeneinander abgewogen und es dürfe nicht einseitig mit schematischen Formeln operirt werden, wie da der Angeklagte als unvertehrter Mann, oder wegen der Nähe der Grenze, oder mit Rücksicht auf die zu erwartende hohe Strafe zc. — Unhaltbar sei weiter der jetzige Zustand, der es ermöglicht, dem Angeklagten durch die Untersuchungshaft ein größeres Uebel zuzufügen, als er durch die event. Strafthat verwirkt hat. Die Untersuchungshaft dürfe hinsichtlich ihrer Dauer die zu erwartende Freiheitsstrafe nicht überschreiten, und es müßte und könnte deswegen stets von vornherein festgestellt werden, wie lange die Untersuchungshaft im höchsten Falle dauern dürfe. Ferner wünscht Bogi in die Strafprozeß-Ordnung Paragraphen aufgenommen, in denen es heißt:

„Sicherheitsmaßregeln dürfen gegen den Angeklagten nur verhängt werden, wenn . . . aus vorliegenden Thatfachen zu schließen ist, daß der Angeklagte sich dem Verfahren durch die Flucht entziehen werde.“

Sicherheitsmaßregeln sind: Sicherheitsleistung, Entfernungsvorbehalt, Hausarrest, Untersuchungshaft. Die Untersuchungshaft ist nur zulässig, wenn die Bestellung des Angeklagten auf andere Weise nicht gesichert werden kann . . . Ueber die Verhaftung wird in öffentlicher Sitzung nach Anhörung des Angeklagten durch Urtheil entschieden.

In diesen Vorschlägen liegen gewiß sehr beachtenswerthe Gedanken. Das gelindeste Sicherungsmittel, die Vermögensbinterlegung, soll nicht ins Belieben des Betroffenen gestellt werden, sondern, wenn es angeordnet ist, exekutorisch beigetrieben werden. Dabei soll jedoch

der Nermere vor dem Reichen nicht benachtheiligt werden; wenn er die festgesetzte Bürgschaft nicht leisten kann, dann soll auf neue geprüft werden, ob der Fluchtverdacht oder die zu erwartende Strafe auch die Anwendung der nächst sicheren Sicherheitsmaßregel, des Entfernungsvorbehalts aus der Stadt, rechtfertigen. Die weitere Stufe soll dann der Hausarrest sein, der, wie Bogi meint, in vielen Fällen vollaus genügt, da die Polizei von einer etwaigen Entfernung rechtzeitig Kenntniß bekommen würde. Solcher Hausarrest würde den Auf, die Geschäfte, die Gesundheit des Betroffenen immerhin weniger schädigen, als die Untersuchungshaft. — Sehr sympathisch ist uns der Gedanke, daß man über die Verlängerung der Untersuchungshaft nicht den Untersuchungsrichter entscheiden lassen solle, zu dessen Bequemlichkeit es beiträgt, wenn er den Angeklagten stets zur Hand hat, um ihn so oft es ihm gerade gefällt, vorführen zu lassen; sondern daß über die Untersuchungshaft im mündlichen und öffentlichen Verfahren nach Anhörung der für und wider sprechenden Gründe entschieden werden müsse. Der Verfasser macht sehr richtig auf den Widerspruch aufmerksam, der darin liegt, daß ohne jede Garantie für erschöpfende Prüfung über die Freiheit eines Menschen verfügt werde, wogegen schon bei Verhängung von Geldstrafen, die 150 M. übersteigen, ein mündliches kontraktorisches Verfahren für nöthig erachtet werde.

Wie steht es aber mit dem Vollzug der Untersuchungshaft? Der Untersuchungsgefangene verliert seine Strafe, er sollte im Gegentheil von der Gefängnisverwaltung bis zur etwaigen Verurtheilung als unschuldig betrachtet und dementsprechend behandelt werden. Daraus ist jedoch nichts zu spüren. In Preußen wird die Untersuchungshaft nach dem Reglement für die Gefängnisse der Justizverwaltung vollzogen. Die Bestimmungen des Reglements über Letztäre, Besuch, Korrespondenz, Beschäftigung der Gefangenen werden — soweit nicht von Richter andere Anordnungen getroffen werden — auf Strafgefangene und Untersuchungsgefangene unterschiedslos angewandt. Dies alles, trotzdem der § 116 der Strafprozeß-Ordnung vorschreibt, daß dem Verhafteten nur solche Beschränkungen auferlegt werden dürfen, die zur Sicherung des Zwedes der Haft oder zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Gefängnis nöthig sind. Bogi verlangt daher, daß der Richter in jedem Falle die Art des Haftvollzuges bestimmen solle; er will dadurch das Prinzip zum Ausdruck bringen, daß nicht der Inhaftirte die von ihm verlangten Erleichterungen zu begründen habe, sondern daß die Behörde stets festzustellen habe, wie weit, um den Zweck der Haft zu erreichen, die Beschränkungen gehen sollen.

Beispielsweise unterliegen auch Untersuchungsgefangene der Bestimmung, daß Briefe nur alle 4 Wochen einmal geschrieben, Besuche ebenfalls nur jeden Monat einmal und im Beisein von Beamten empfangen werden dürfen. Dadurch wird natürlich die Verteidigungsmöglichkeit des Gefangenen gegenüber dem in Freiheit befindlichen Angeklagten außerordentlich erschwert. Bogi verlangt, daß, wo die Untersuchungshaft nur wegen Fluchtverdachts verhängt ist, die Briefe unkontrollirt ein- und ausgehen und ebenso Unterredungen mit Angehörigen oder Freunden unbeschränkt bleiben sollen. Ueberhaupt dürfe keinerlei Beschränkung gebildet werden, die nicht durch den Haftzweck oder die Ordnung im Gefängnis gefordert werde.

Das sind gewiß sehr lobenswerthe Grundsätze und doppelt beachtenswerth, weil sie von einem amtierenden Richter ausgesprochen werden. Leider ist die Praxis noch außerordentlich weit von solchem Ideal entfernt. Oft doch heute beispielsweise in Berlin das große Moabiters Untersuchungsgefängnis in vielen Punkten für das schlechteste Gefängnis. Und wenn wir das Strafgefängnis in Pöhlensee und das Untersuchungsgefängnis Moabit, deren beider Verhältnisse dem Schreiber dieser Zeilen — leider — bekannt sind, miteinander vergleichen, so müssen wir sagen: das Strafgefängnis ist das bessere. Die Gefängnisstrafe ist in Moabit weit schlechter, die Behandlung durch die Beamten weit strenger und weniger individualisirend, die Zelle, obgleich besser im Innern gehalten, inhumaner. Wir denken da beispielsweise an die Fenster aus Bleiglas, die keinen unbehinderten Blick in die Außenwelt gönnen und selbst die draußen stehenden Bäume dem Gefangenen nur als verzerrte Karikaturen erscheinen lassen.

Man noch ein Beispiel aus der Praxis<sup>\*)</sup>. Der schriftliche Verkehr mit Außenstehenden ist außerordentlich erschwert und es giebt kaum ein Mittel, einen Brief, auch den dringendsten, sofort aus dem Gefängnis hinaus zu bekommen. Wer schreiben will, hat diese Absicht dem Zellenaufseher vormittags mitzutheilen. Am anderen Tage wird er dann vor den alljährlich im Gefängnis erscheinenden Gerichtsschreiber geführt, um bei diesem den formellen Antrag mit Angabe des Adressaten und der Angelegenheit, in der geschrieben werden soll, zu stellen. Am zweiten oder dritten Tage daraus erhält er dann den Bescheid des Richters. Hat er sich also am Montag Vormittag beim Zellenaufseher gemeldet, so bekommt er Donnerstag oder Freitag den Bescheid. Dies betrifft auch die Korrespondenz mit dem Verteidiger. Dem Schreiber dieses wurde im Untersuchungsgefängnis die Anklage zugefleht, worauf die Formel stand, daß Versicherungen hierauf innerhalb drei Tagen erfolgen müssen. Es blieb jedoch unerreichbar, vor Ablauf dieser drei Tage die Erlaubnis zum Schreiben an den Verteidiger zu erwirken! Ob ein solcher Zustand nicht direkt ungesetzlich ist? Wo steht in der Strafprozeß-Ordnung, daß man Schreiben an den Verteidiger einbringen darf? Es steht darin (§ 148), der schriftliche Verkehr mit ihm ist „gestattet“. Kann es gebildet werden, daß ein Untersuchungsgefangener wegen des ihm aufgezwungenen Schematismus Briefen versäumen muß? Mit welchem Recht verwehrt man weiter im Untersuchungsgefängnis das Abonnement auf den „Vorwärts“, wo der Grund der Haft lediglich Fluchtverdacht war?

Bogi schreibt:  
 „Der Gefangene wird sich scheuen, Ausnahmen häufiger zu beantragen; einmal wegen der Weitläufigkeiten, sodann werden die Gefängnisbeamten derartigen „Belästigungen“ gegenüber, wenn sie häufiger werden, nicht besonders entgegenkommend sich verhalten.“

Vielleicht haben die Kritik und die Reformvorschläge des Richters Bogi das Gute, daß einmal ernstlich geprüft wird, ob denn wenigstens die bestehenden Gesetze in den Untersuchungsgefängnissen allenthalben durchgeführt werden, ohne daß dem Gefangenen bei Verfolg derselben Schwierigkeiten und Umstände gemacht werden.

### Politische Uebersicht.

Berlin, 17. September.

— Ueber den Termin der Einberufung des Reichstags gehen allerlei Gerüchte um. Der „Hamb. Corr.“ wollte wissen, daß die Einberufung erst Anfang Dezember, frühestens Ende November zu erwarten sei. Zu einer Berliner Zuschrift an den „Hamb. Corr.“ wird dagegen angeführt, daß eine frühzeitige Einberufung des Reichstags im Hinblick auf die im nächsten Jahre stattfindenden Reichstags-Neuwahlen wahrscheinlich sei. Es heißt in dieser Zuschrift:

„Obwohl sich die Regierung mit der Terminfrage noch nicht beschäftigt hat, ist innerhalb des Ministeriums eine Stimmung vorhanden, die den baldigen Zusammenritt des Reichstags und mögliche Beschleunigung der Arbeiten in der Absicht befürwortet, daß die Neuwahlen zum Reichstag womöglich schon Ende April stattfinden können. Gewiß läßt sich der Etat bis etwa zum 20. März erledigen, wenn die Regierung im Vorliegen sonntiger Gesetzentwürfe weise Maß hält. Ob der Reichstag dann geschlossen oder, weil sein Mandat noch nicht abgelaufen ist, aufgelöst wird, bleibt sich gleich. Jedenfalls wird aber der neugewählte Reichstag noch im Frühjahr zu einer Tagung einberufen werden; ob zu einer kürzeren, die nur der Bestimmung der Verfassung Genüge leistet, wonach der Reichstag innerhalb so und so vieler Wochen nach seiner Wahl einberufen werden muß, oder zu einer längeren, in der wichtige Entscheidungen fallen könnten, das dürfte von der Zusammensetzung des neuen Hauses abhängen. Aus der Möglichkeit, wenn nicht Wahrscheinlichkeit, daß die Neuwahlen zum Reichstage schon im April stattfinden, ergibt sich aber die Verpflichtung für die Parteien, die Wahlvorbereitungen nach Möglichkeit zu beschleunigen.“

— Der nächste konservative Parteitag dürfte Ende Januar in Dresden stattfinden. Die „Kreuzzeitung“, der wir diese Meldung entnehmen, äußert sich über diesen Kongreß heute in einem Leitartikel, dem wir die folgenden Stellen entnehmen:

„Es giebt für die konservative Partei wichtige Dinge, von denen es heute schon feststehen muß, daß sie auf dem Parteitage zur Sprache kommen. Zu diesen Dingen gehört in erster Linie die bei den nächsten Reichstags-Wahlen zu befolgende Taktik, dann die Stellungnahme zu den übrigen Parteien und endlich als das letzte aber wichtigste der Ausbau unserer Partei-Organisation.“

Es ist klar, daß auf einem allgemeinen Parteitage, der wohl auch der gegnerischen Presse zugänglich sein wird, hinsichtlich einer Debatte über Organisationsfragen große Zurückhaltung geboten ist. Keine Partei ist so thöricht, die Fäden ihrer Organisation vor aller Welt zu enthüllen oder die Gegner auf Mängel in dem organisatorischen Aufbau der Partei aufmerksam zu machen. Selbst die angeblich in vollster Öffentlichkeit togenden Sozialdemokraten verlegen den Schwerpunkt der Organisationsdebatten in ihre Kommissionen. (1) Da nun aber die Konservativen nicht so gestellt sind, um einen eine ganze Woche währenden Parteitag abzuhalten und verschiedene Kommissionen niederzusetzen, wird es sich darum handeln, daß die Organisationsfrage im großen und ganzen vorher in geschlossenen Vereinen behandelt und auf dem Parteitage nur durch kurze Befürwortung von Anträgen und Resolutionen zur Sprache gebracht wird. Dies ist um so eher möglich, als auf dem letzten Delegirtentage eine sehr ausführliche — selbstverständlich vertrauliche — Organisations-Debatte statt hatte, als deren Hauptergebnis der Beschluß anzusehen war, daß man auf die Fassung einer Resolution verzichten wolle, weil es unthunlich sei, Änderungen in der Partei-Organisation vorzunehmen, bevor nicht ersichtlich sei, wie das Vereinsgesetz sich endlich gestalten werde.

Von den Parteigenossen im Lande wird vielfach darüber geklagt, daß seitens der Zentraleitung in organisatorischer Beziehung zu wenig gethan werde. Diese Klage ist insofern berechtigt, als nicht geleugnet werden kann, daß die Zentraleitung erheblich mehr, als jetzt geschieht, zu leisten vermöchte, wenn ihr hierzu die nöthigen Mittel zur Verfügung ständen.

Der Gesamtvorstand der Konservativen Partei hat bekanntlich vor einiger Zeit beschlossen, einen Fonds zu sammeln, um dem Bureau die Entscheidung von Rednern in die deren benötigten Wahlkreise und die Anstellung eines besonderen Beamten, dem die Leitung einer ständigen, planmäßigen Agitation zur Ausbreitung der Partei im Lande und zu deren besserer Organisation obliegen sollte, zu ermöglchen. Bis jetzt ist es nicht gelungen, diesen Beschluß ins Werk zu setzen.

Auch der Parteitag wird in dieser Beziehung Wandel zu schaffen nicht im Stande sein, sofern nicht „von unten“, in den lokalen Vereinen, in den Wahlkreisen, in den Provinzialverbänden eine rege, stetige Organisations- und Agitationsarbeit entfaltet wird. Gerade bei den nächsten Reichstagswahlen, für welche unsere Gegner gewaltig rüsten, würde es sich an der konservativen Partei schwer rächen, wenn man in den Wahlkreisen die politische Arbeit bis zur letzten Minute hinausschieben wollte. . . .

Es ist ein verhängnisvoller Irrthum, wenn man etwa die Partei-Organisation in solchen Bezirken vernachlässigen zu dürfen glaubt, wo der „Bund der Landwirthe“ unter konservativer Führung organisiert ist. Für jeden konservativen Mann muß die Pflege einer starken Partei-Organisation in erster Linie stehen; denn für ihn ist unser Programm, nicht das eines wirtschaftlichen Verbandes zweckmäßig gebend. . . .

Auch die allbaldige Aufstellung geeigneter Kandidaten für die nächste Reichstags-Wahl sollte in allen Wahlkreisen so bald als möglich in Angriff genommen werden. Unsere Gegner sind auch in dieser Hinsicht nicht müßig. Gerade aber für die kommenden Wahlen wird auf die Auswahl der Kandidaten und darauf, daß dieselben zeitigen rege Führung mit der Wählerchaft nehmen, vieles ankommen.“

<sup>\*)</sup> Reform der Untersuchungshaft. Darstellung nebst Gesetzesvorschlag von H. Bogi, Landrichter. Breslau, Verlag von R. u. D. Marcus. 1897. 80 Seiten. Preis 1 M.



Man wird nicht aufsehen, diesem Artikel Bedeutung beizumessen. Man sieht die Konservativen über das Ergebnis der nächsten Reichstags-Wahlen Angst schwingen, zwischen den Zeilen kann man die Furcht vor dem Wunde der Landwirthe herauslesen. Was über die Mängel der Organisation, über das Fehlen der Geldmittel, über die lästige Lage der konservativen Parteiführer, die nicht so gestellt sind, eine Woche zusammenzuleben zu können, gesagt wird, ist eben so interessant wie heiter. Daß der demokratische Zug selbst die deutsch-konservative Partei nicht verschont, geht aus dem Appell, die Organisation von unten zu betreiben, hervor. Die Abschaffung des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes käme in einem Staate, wo gleiches Recht für alle Geltung hat, den Konservativen sehr zu gute, dies beweist so manche Ausführung dieses Artikels, in dem ziemlich unverhüllt die übrigens offenkundige Verbindung konservativer Vereine zugestanden wird.

Eins geht aber noch mit voller Deutlichkeit aus dem Artikel hervor: daß die Konservativen alles thun werden, die Mängel ihrer Organisation bis zu den Wahlen zu verbessern; daß sie alles thun werden, um den Wahlkampf mit vollster Energie führen zu können.

Für uns ist dies eine Mahnung, dort, wo wir unseren ärgsten Feinden, den Konservativen, im nächsten Wahlkampfe gegenüberstehen werden, unsere Anstrengungen zu verdoppeln.

Wir hoffen, daß es unsere Genossen nirgends fehlen lassen werden, alles daran zu setzen, den konservativen Wahlvorbereitungen ein entsprechendes Paroli zu bieten. Freilich unsere Wahlvorbereitungen bestehen in angestrengtester, risiger Schwierigkeit in der versagenden Opfermuth überwindender Organisations- und Agitationsarbeit; die Wahlvorbereitungen der Konservativen dagegen werden von den Beamten, vom Gendarm bis zum Oberpräsidenten gemacht. Es ist ein ungleicher Kampf, der da geführt werden muß, aber da selbst die Konservativen in diesen bösen Zeitläuften auf die Unterstützung von unten rechnen müssen, dürfen wir hoffen, daß der Tag nicht mehr fern ist, wo die deutsch-konservative Fraktion vom Volke von unten und vom Bunde der Landwirthe von oben, so an die Seite gedrückt sein wird, daß es dann nicht mehr nötig sein wird, deutsch-konservative Parteitage abzuhalten.

Das Schicksal der Militär-Strafprozess-Reform bleibt nach wie vor völlig im unklaren. Die „Mil. pol. Corr.“ schreibt jetzt: „Neuerem Vernehmen“ nach ist bis jetzt zur Frage der Militär-Strafprozess-Reform ein Verzicht Bayerns auf seine Forderung, einen besonderen obersten Militär-Gerichtshof zu besitzen, nicht in Aussicht gestellt worden; es wird auch bezweifelt, daß er in absehbarer Zeit werde ausgesprochen werden.

Es ist geradezu standalös, daß man das deutsche Volk über den Stand der Militär-Strafprozess-Reform völlig im unklaren läßt. Wenn man diese Reform weiter in unverantwortlicher Weise hinauszögern will, so sage man es wenigstens offen, damit Militär wie die bürgerliche Bevölkerung wissen, woran sie sind.

Betreffs der Haltung der Beamten dem Publikum gegenüber hat das Ober-Landesgericht zu Hamburg folgende Entscheidung gefällt:

In einem Lokal wurde eine Vereinsfeilheit abgehalten, die durch die Polizei-Organe für eine unerlaubte Versammlung erklärt und deshalb aufgehoben wurde. Der Wirth klagte gegen die Polizeibehörde auf Schadenersatz wegen des ihm durch die Auflösung entgangenen Gewinnes. Obgleich in dem Urtheil als festgestellt angenommen wurde, daß das Einschreiten der betreffenden Polizeibeamten „objektiv rechtmäßig“ gewesen sei, kam das Ober-Landesgericht doch zur Abweisung der Klage. Es wurde ausgesprochen, daß der Beamte, weil er lediglich den Anweisungen seiner Behörde gefolgt sei, rechtmäßig gehandelt habe, da ihm eine offensbare Ungesetzlichkeit seiner Handlungsweise nicht erkennbar gewesen sei. Aus diesen Gründen wurde auch der Theil der Klage, der sich auf die schuldhafteste Umständlichkeit des Beamten stützte, abgewiesen.

Von sozialdemokratischer Seite wurde schon öfters, so auch bei Berathung des Entwurfes des Bürgerlichen Gesetzbuches, eine Regelung der Haftpflicht der Beamten gefordert, leider vergebens. Wir wünschen nur, daß die Gegner auch bald die Nothwendigkeit eines solchen, vernünftigen Anforderns entsprechenden Gesetzes einsehen.

Zur Prüfung von Margarine und Margarinekäse sowie von Butter und Käse hat das Reichamt des Innern Anweisungen anarbeiten lassen, um den nach dem Margarine-Gesetz mit der Ueberwachung zu beauftragenden Behörden die Vornahme der Untersuchung zu erleichtern. Die Anweisungen sind durch Rundschreiben den Bundesregierungen mitgetheilt worden. Sie haben die Vorprüfung von Butter und Käse mit der Erfassung dieser zum Gegenstande. Ihr Ergebnis soll den Untersuchern nur bezeichnen, ob das Nahrungsmittel zu beanstanden ist oder nicht. Wenn es zu beanstanden ist, so ist die Probe einem geprüften Nahrungsmittel-Chemiker zur weiteren Untersuchung zu übergeben. Für die Prüfung der Margarine werden Reaktionen mit Salzsäure und Zinnchlorid zur Bestimmung des Gehaltes von Sesamöl vorgeschrieben. Die Prüfung von Butter und Käse soll mit dem Butter-Refraktometer von Karl Zeiss in Jena geschehen.

Krieg im Frieden. Wir haben schon wiederholt von den außerordentlich starken Opfern erzählt, welche die diesjährigen Kaisermanöver gekostet haben. Jetzt wird noch von der großen Reiterattacke, welche der Kaiser anführte, berichtet:

Nach dem „Holl.“ lagen vierzehn todt Pferde und neun zum Theil schwer verwundete Reiter und Infanteristen auf dem Kampfsplatz. Die Ambulanzen rasselten heran und hatten voll auf ihn, die Verwundeten zu bergen. Ein einjähriger Ber war überritten worden und lag, mit einem Mantel bedeckt, sehr schwer verletzt am Boden. Er stand am äußersten linken Flügel der Ber. Ein bayerischer Reiter wurde durch einen Schuß ins Gesicht aus dem Sattel geschleudert und mußte nach Pelterwitz ins „Gasthaus zur Rose“ getragen werden. Ein anderer Reiter brach das Bein. Zwei brachen den Arm. Ein Pferd, das nicht gleich todt war, mußte auf dem Platz erschossen werden. In Bayern sollen noch ganz andere Berichte über die Zahl der Opfer umgehen.

Unter diesen Umständen kann man nur wünschen, daß möglichst bald authentische Nachrichten über die vorgekommenen Unfälle veröffentlicht werden mögen. Wenn sich die obigen Mittheilungen auch nur annähernd bewahrheiten, so muß gegen die jegliche Art des Manöverbetriebes aufs allerheftigste protestirt werden. Wohl kann bei Truppenübungen ein Unfall vorkommen, aber derartige traurige und zahlreiche Unglücksfälle können und müssen auf jeden Fall vermieden werden.

Die preussischen Polen sollen bekanntlich nach dem Wunsche unserer „Patrioten“ „germanisirt“ werden, besonders soll die deutsche Sprache in Schule und Verkehr die polnische verdrängen. Es giebt jedoch auch sehr verhasste „Patrioten“ in den polnischen Landestheilen, welche Gegner des deutschen Schulunterrichts in den Schulen sind. Wie das kommt, erzählt die „Preuss. Lehrzeitg.“; sie sagt:

Es ist jedoch Thatsache, daß viele deutsche Großgrundbesitzer es garnicht gern sehen, daß die polnischen Kinder in der Schule zum Gebrauche der deutschen Sprache angehalten werden. Sie sprechen darum mit ihren Arbeitern und Bediensteten in polnisch nur polnisch und halten streng darauf, daß auch ihre Beamten, Inspektoren u. mit den Leuten nur polnisch reden. Ein solches Verhalten erscheint um so wunderbarer, als an der Spitze des Verhältnisses zur Förderung des „Deutschthums“ doch deutsche Großgrundbesitzer stehen. Was ist nun wohl die Ursache eines solchen Verhaltens? Die Antwort darauf ist nicht schwer zu finden. Wer deutsch versteht und sprechen kann, ist viel weniger an die Schule gebunden, als wer nur des Polnischen mächtig ist. Daraus folgt, daß die stadtpolnischen Arbeiter auch unter ungünstigen Verhältnissen aushalten. Sie müssen mit niedrigen Löhnen, mit der geringsten Ernährung und der schlechtesten Wohnung zufrieden sein, ja auch eine Tracht Prügel mit in den Kauf nehmen; denn bei ihren Landleuten, den polnischen Grundbesitzern, werden sie in der Regel noch schlechter behandelt. Man

darf sich Hiernach nicht wundern, daß der deutsche Unterricht im Allgemeinen auf den Dörfern so geringe Erfolge aufzuweisen hat.

Dies Beispiel zeigt uns deutlich, was an der angelsächsischen Liebe zum Deutschthum unserer Patrioten daran ist. Hinter all den schönen Phrasen steht nichts als der nackte Egoismus. Vaterlandsliebe, Deutschthum, alle Ideale werden bei Seite geworfen, wenn es gilt, dem armen Arbeiter noch einige Groschen vom Lohn abzugewinnen.

Die Herren National-Sozialen haben große Pläne. Demnach soll eine Konferenz der national-sozialen Gewerkschaftler abgehalten. Eingeladen sind, wie die „Zeit“ mittheilt, alle dem Arbeiterstande angehörigen Delegirten, sowie „Jeder, der sich für die Gewerkschaftsbewegung interessiert“; trotz dieses weit gezogenen Kreises derer, die theilnehmen dürfen, soll die Besprechung „streng vertraulich“ sein. Und noch höher wollen die Herren hinaus. Eine Berliner Versammlung hat den Vorstand des hiesigen national-sozialen Vereins beauftragt, die Abhaltung einer nationalen Arbeiterkonferenz auf Grund der Züricher Beschlüsse im nächsten Jahre auszuregen zu wollen.

Alle Achtung vor den Herren National-Sozialen, welche zwar ein Tageblatt nicht aufrecht erhalten können und doch noch so große Thralenlust im Ufen tragen.

Kriegervereinsche Schlaueit. Die Kriegervereine dürfen nach ihren Statuten sich nicht mit politischen Dingen befassen. Andererseits werden sie als Bollwerk gegen die Sozialdemokratie von oben her gefördert und betrachtet es selbst als ihre vornehmste Aufgabe, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Wie diese beiden Aufgaben mit einander vereinbar sind, der Vorstand des deutschen Kriegerbundes bringt dies Kunststück im Handumdrehen fertig; er veröffentlicht in der „Parole“ folgendes:

Wir müssen ein für alle Mal dem Einwande entgegenreten, daß der Kampf gegen die Anschauungen der Sozialdemokratie den Satzungen unserer Vereine widerspreche. Das ist nicht der Fall, denn die sozialdemokratische Partei hat sich durch ihr Programm außerhalb der politischen, auf dem Boden unserer staatlichen und Gesellschaftsordnung wirkenden Parteien gestellt und sich als die Umsturzpartei erklärt, und deshalb findet die Säkularbestimmung, wonach die Vereine sich mit der Erörterung politischer Dinge nicht zu befassen haben, auf die Stellungnahme unserer Vereine gegenüber der sozialdemokratischen Partei keine Anwendung.

Mit Politik dürfen wir uns nicht befassen, aber die Sozialdemokratie wollen wir bekämpfen, folglich ist die Sozialdemokratie keine politische Partei — sagt die kriegervereinsche Musterlogik. Die „Deutsche Tageszeitung“ nennt diesen Standpunkt „vollkommen folgerichtig“.

Diese Leistung macht uns recht viel Spaß.

Eine großartige Versammlung zum Zwecke des Protestes gegen den Beschluß der Kieler Stadtverordneten-Sitzung vom letzten Freitag, betreffend die weitere Rechtslosigkeit von 11 000 Kieler Einwohnern, tagte am Mittwoch Abend. Gegen 2000 Personen hatten sich im „Englischen Garten“ eingefunden. Genosse Strödel hatte das einleitende Referat übernommen, dem weitere fünf Redner folgten, die unter dem hiesigen Beifall der Versammlung an dem Beschluß ihre Kritik übten und gegen die unerhörten Anschuldigungen und Verleumdungen der Arbeiterpartei und ihrer Mitglieder seitens einiger Stadtverordneten protestirten. Einstimmig nahm die Versammlung folgende Resolution an: „Die heute im „Englischen Garten“ von 2000 Personen besuchte Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erhebt kommenden Protest gegen die im Jahre 1892 vollzogene und am 10. September d. J. von der übergroßen Majorität unserer Stadtvertretung sanktionirte Rechtslosmachung von seinerzeit 8000, jetzt 11 000 Kieler Steuerzahler. Gleichzeitig drückte die Versammlung ihre tiefste Enttäuschung aus über die unerhörten Verleumdungen, die dem rechtslos gemachten Proletariat durch eine Anzahl von Vertretern der Kieler Bourgeoisie im Kieler Stadtverordneten-Kollegium ins Gesicht geschleudert worden sind. Die Versammlung gelobt durch ununterbrochene thalträftige Agitation bei der bevorstehenden Reichstagswahl dem Kieler Geldackel die Dichtung für seine Handlungsweise auszuweisen.“ In der Versammlung zirkulirende Listen ergaben das erfreuliche Resultat, daß sich 78 Personen als Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins einzeichneten. Die eingeladenen Stadtverordneten und Magistratsmitglieder hatten den besseren Theil der Tapferkeit erwählt und waren zu Hause geblieben.

Zur Duldung der Bordelle in Deutschland, die wir unlängst im Anschlusse einer neuen Reichsgerichts-Entscheidung besprochen haben, bemerkt das „Hamb. Echo“:

„Bekanntlich beharrt“ die hiesige (Hamburger) Staatsanwaltschaft nach wie vor auf dem seit Jahren von ihr vertretenen Standpunkte, daß die polizeilich genehmigte gewerbsmäßige Kupplerei in den Bordellen nicht strafbar sei und lehnt jede strafrechtliche Verfolgung dieser gewerbsmäßigen Kupplerei ab, trotz der Reichsgerichts-Entscheidung.

Kartendriefe. Auch in Bayern sind die Vorbereitungen für Einführungen der Kartendriefe in vollem Gange.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Von der Schweinsfurter Strafkammer wurde der ledige 21 Jahre alte Kugelschleifer Josef Biska von Welowa in Oesterreich wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Verhandlung fand unter beschränkter Oeffentlichkeit statt.

Ungarn. Die Demonstration für das Wahlrecht. Es beschäftigt sich nicht, daß die Polizei den Umzug verboten hatte. Die Parteileitung hat die Anmeldung bei der Ober-Stadthauptmannschaft vorgenommen. Es ist beabsichtigt, am Sonntag, den 19. d. M., nachmittags um 4 Uhr, auf dem freien Platz vor der Heilighen Arena im Stadtwaldchen für das allgemeine Wahlrecht eine Volksversammlung zu veranstalten. Vor der Volksversammlung soll ein Demonstrationsumzug vom Galviniplatz aus über den Aufsemarkt, die Kerepeserstraße, den Elisabethring und die Andrássystraße zur Arena mit Fahnen, Emblemen und Abzeichen in Branchenreihen stattfinden. — In dem zu diesem Umzug einladenden Rufus an das arbeitende Volk der Hauptstadt heißt es: „Rechtlose Arbeiter! Zeiget, daß Ihr zur Erreichung eurer Rechte alles zu thun bereit seid. Räset Euch daher!“

Schweiz. Bern, 16. September. Die Eisenbahn-Rückkauf-Kommission des Nationalrathes beschloß in Erledigung der Artikel 10 bis 16 des Abschnittes „Organisation“, dem Bundesrath folgende Beschlüsse anzuschreiben: „Erhebung über die Befolgung des Personal- der Bundesbahnen, Genehmigung von Betriebsverträgen und des Jahresbudgets. Grundsätzlich wurde mit 9 gegen 7 Stimmen die Beibehaltung der Kreisverwaltungsräthe beschlossen. Der Antrag, daß 25 Mitglieder des Verwaltungsrathes durch den Bundesrath, 25 durch die Kantone und 5 durch die Kreisverwaltungsräthe ernannt werden sollen, wurde unverändert genehmigt.“

Bern, 17. September. Die Eisenbahn-Rückkauf-Kommission des Nationalrathes beschloß, bezüglich der Organisation der Bahnverwaltung, der allgemeinen Bestimmungen und der Zusage, betr. die Herstellung eines ostschweizerischen Alpenruckschlusses ihre Zustimmung zum Beschlusse des Ständerathes mit unwesentlichen Änderungen zu erteilen.

Belgien. Brüssel, 16. September. Konig Michel, Charlotte Fawille und Wroussoudouz trafen von Paris hier ein, um Vorträge zu halten über die Verurtheilungen von Monjuich zu halten. Als sie den für die Vorträge bestimmten Saal betraten, wurden sie von der Polizei aufgefordert, sich nach dem Polizeibureau zu begeben. Hier wurde ihnen der Ausweisungsbefehl zugestellt. Die Polizei eskortirte sie mit gezogenem Säbel, da erregte Individuen sie zu befreien suchten. Nachher wurden noch etwa 15 weitere Ver-

haftungen vorgenommen. Die Polizei zerstreute mit der blanken Waffe mehrere Scharen Manifestanten, welche Huldigung auf die Anarchie ausdrückten und sich nach der spanischen Votschaft abgeben wollten.

Es steht der Brüsseler Polizei wirklich gut an, den spanischen Grenzeln auf diese Weise Billigung und moralische Unterstützung zu verleihen.

England.

Um „Irland zu versöhnen“ wurden der König und Königin von England in spe, die Enkel der Königin Victoria, nach Irland zu einer Rundreise gefandt, sie haben aber keine Lokalität für eine Rundreise hervorgezogen. Sie haben die Verköhnung des unverköhnlichen Irlands mit dem offiziellen England nicht gebildet. Die nationale Presse Irlands höhnt über den Mißerfolg der Prinzenreise: „Selbst der Londoner „Observer“ wird aus Dublin geschrieben: „Der Spaziergang des Herzogs und der Herzogin von York durch Irland hat wenig Eindruck hinterlassen. Allen Menschen nach droht Irland eine furchtbare Hungersnoth. Als der Herzog und die Herzogin von York sich vor 14 Tagen in der Gegend von Aldace in der Grafschaft Limerick befanden, versaukte der Gaser auf den Feldern und der Weidbau wäthete unter den Kartoffeln. Der Herzog und die Herzogin fuhren durch, als ob nichts passirt wäre. Die Loyalität in Irland gründet sich nicht wie in England auf Opportunismus und Nützlichkeitsrücksichten, sondern auf vertraulichere, persönlichere und weniger selbstsüchtige Gründe. Das irische Volk glaubt nicht, daß der Herzog und die Herzogin von York irgend welches persönliche Interesse an ihm nehmen. Der Besuch ist kein Erfolg, sondern gerade das Gegentheil, ein Mißerfolg, gewesen.“

Italien. Eine neue Vermehrung der Kriegsmarine. Die Wiener „Politische Korrespondenz“ meldet aus Rom: Der Stand der Kriegsmarine soll demnach durch den Bau von vier größeren Kriegsschiffen und mehreren Torpedobooten vermehrt werden. — Für das arme ausgelegene Land ist das eine neue schwere Bürde.

Spanien. Madrid, 17. September. Die Nachrichten von den Philippinen lauten wieder unglücklich. Zwei Kolonnen Insurgenten von 4000 und 3000 Mann verheeren erneut Städte und Dörfer.

Skandinavien. — König Oskar II. von Schweden feiert morgen sein 25jähriges Jubiläum.

Türkei. Die beiden Hauptartikel der Friedens-Präliminarien, wie sie von den Mächten definitiv angenommen worden sind, lauten wörtlich folgendermaßen:

Art. 2. Griechenland zahlt eine Kriegsschadenszahlung von vier Millionen Pfund. Es wird ein Arrangement getroffen, das die früheren Gläubiger nicht schädigt. Eine aus Vertretern einer jeden Macht bestehende internationale Kommission wird in Athen ernannt. Durch das hellenische Parlament wird in Uebereinstimmung mit den Mächten ein Gesetz votirt, das die für den Dienst der Kriegsschadenszahlung und der anderen nationalen Schulden bestimmten Steuern festsetzt und die Art der Erhebung regelt, die unter die direkte Kontrolle dieser Kommission gestellt wird.

Art. 6. Die Räumung beginnt in dem Monat, der dem Augenblicke folgt, in dem die Mächte der Ansicht sind, daß genügende Garantien gegeben sind und die Emission stattdessen wird.

Aus Konstantinopel berichtet heute das Wolffsche Bureau: Nachdem gestern zwischen der Pforte und den Boschaftern eine Einigung über die Fassung der noch rickständigen Artikel 2 und 6 des Präliminar-Friedensvertrages erzielt worden ist, ist die Unterzeichnung des Vertrages für morgen zu erwarten.

Afrika.

Vom Sudan-Feldzug. Englische Blätter warnen davor, aus der Leichtigkeit, mit welcher General Kitchener bisher seinen Vormarsch gegen den Sudan vollzogen und Berber befehlt hat, auf eine ebenso leichte Eroberung des Sudans zu schließen. Je weiter der General vorrückt, desto schwächer werde das Heer, da man überall keine Befestigungen zurücklassen müsse, während der Khalif sich in dem Maße verstärkt, als er sich Chartum nähert, und gewiß entschlossen sei, vor dieser Stadt eine Hauptschlacht zu wagen. Es wäre daher notwendig, neue britische Verstärkungen nach Egypten zu senden, die günstige Zeit dafür sei aber für dieses Jahr vorbei. Der Nil sei im Fallen begriffen, die Ueberwindung der Wasserfälle täglich schwieriger und die Eisenbahn noch nicht vollendet. Ehe eine genügende britische Truppenmacht in Berber eintreffen könnte, würden der Stand des Nil und die Witterung jede größere Offensive verbieten. Dabei sei es nicht wahrscheinlich, daß ein entscheidender Vormarsch vor dem nächsten Sommer begonnen werden könnte. Man solle den Winter und Frühling zum Bau der Eisenbahn von Wady-Halfa nach Abu-Damed benutzen und daran denken, zwischen Berber und Suakin ebenfalls eine Bahnlinie zu errichten.

Die Engländer bemühen den Kampf gegen die Mahdisten gar zu gern, um immer zahlreichere Truppenmassen nach Afrika zu senden und dadurch ihre dortige Position gegenüber französischen und russischen Bestrebungen zu befestigen.

Asien.

Auf dem indischen Kriegsschauplatz — denn von einem solchen haben wir allen Grund zu reden — geht es sehr lebhaft zu. Die Engländer rücken von verschiedenen Seiten gegen die Ahrisid und deren Verbündete an. Aber der Vormarsch stößt auf sehr große Hindernisse. Die kriegerischen Bergvölker wissen das Terrain gut anzunehmen und beunruhigen die Engländer fortwährend. Wo immer eine Aussicht auf Erfolg sich bietet, greifen sie dieselben tollkühn an, und bereiten ihnen, da sie tollkühn und zäh kämpfen, empfindliche Verluste. Das Gesecht, dessen wir gestern erwähnten, war in der That eine Schlappse für die Engländer, obgleich sie schließlich das Feld behaupteten. Keinenfalls ist auf ein baldiges Ende der Krieges zu rechnen. Die englischen Blätter erwarten es nicht vor Anfang des Winters. Und das auch für den optimistisch angenommenen Fall, daß Afghanistan neutral bleibt, und hinter Afghanistan Rußland.

Amerika.

New-York, 16. September. Am unteren Mississippi ist das gelbe Fieber ausgebrochen und fortdauernd im Zunehmen begriffen. Es herrscht ein Zustand der Beunruhigung. In den von der Krankheit betroffenen Bezirken ist der Bahnverkehr eingestellt oder verringert. Die Stadt Jackson ist infolge der durch mehrere Krankheitsfälle in der Nachbarchaft dort hervorgerufenen Beunruhigung thatsächlich entvölkert. In New-Orleans sind bis jetzt nur 19 bestimmt erkannte Fälle von gelbem Fieber vorgekommen. Von den gesunden Städten wird eine strenge Quarantäne durchgeführt.

Mexiko, 16. Sept. Heute Vormittag wurde der Präsident Diaz, welcher, umgeben von seinem Stabe, sich zu Fuß nach dem maurischen Pavillon an der Alameda begab, um an der Jahresfeier der Unabhängigkeitserklärung Mexikos theilzunehmen, hinterwärts von einem Strich angefallen. Derselbe ist Mexikaner, 32 Jahre alt und heißt Joaquin Arroyo. Er durchbrach den von Soldaten und der Umgebung des Präsidenten gebildeten Kordon und versetzte dem Präsidenten einen Faustschlag in den Nacken. Der Präsident wich einige Schritte zurück und blieb unverletzt, da der fliehende Duz die Wucht des Schlages minderte. Die Umgebung des Präsidenten warf den Angreifer nieder, welcher in der Menge zu entkommen suchte. Arroyo trug keine Waffe bei sich. Man glaubt es mit einem Vertreten oder großgeschritten Menschen zu thun zu haben.

Aus Buenos Ayres melden die „Times“: In 30 verschiedenen Distrikten der Provinzen Rioja, Santafo, Cordova, Entre



Mios und Corrientes sollen Dorschenschwärme aufgetrieben sein. In Weizen und Weinfamen sei großer Schaden angerichtet, besonders in dem mittleren Theile von Santafo.

### Partei-Nachrichten.

Für Aufrechterhaltung des Kölner Beschlusses erklärten sich Parteiversammlungen in Olfens und Loßstedt in Dölslein.

Die Parteigenossen in Erfurt beschloßen auf Antrag des Reichstags-Abgeordneten Meißner, daß der Delegirte des Reiches auf den Hamburger Parteitage für Aufhebung des Kölner Beschlusses zu stimmen hat. Ein Antrag des Genossen Schulz, wonach die Art der Wahltheilnahme durch einen preussischen Parteitag entschieden werden soll, wurde abgelehnt. Die Mehrheit der Redner war der Ansicht, daß die Wahltheilnahmefrage keine rein preussische, sondern für die ganze Partei von Interesse ist. Als Delegirter zum Hamburger Parteitage wurde Genosse Weiß in Goldlauter gewählt, als Stellvertreter Genosse Gildenberg in Erfurt.

Die Parteikonferenz für den 12. hannoverschen Wahlkreis Göttingen erklärte sich für die Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen, jedoch gegen eine Theilnahme auf der ganzen Linie. Zunächst soll der Kölner Beschluß aufgehoben und die Theilnahme an der Wahl dem Ermessen der einzelnen Wahlkreise überlassen werden. Der Reichstagskandidat des Reiches, Genosse Heinrich Schulz aus Erfurt, ersuchte die Konferenz, ihn von dem Mandat zu entbinden, welchem Wunsch entsprochen wurde. Als Redakteur der „Thüringer Tribüne“ bleibt dem genannten Genossen zur Bearbeitung des Göttinger Kreises zu wenig Zeit, außerdem haben ihn die Erfurter als Kandidaten für ihren Kreis auszuwählen.

Die Parteiversammlung für den Wahlkreis Penney-Mettmann in der Rheinprovinz erklärte sich mit großer Mehrheit für Aufhebung des Kölner Beschlusses. Der Delegirte — als solcher wurde Genosse Meißner aus Köln gewählt — erhielt den Auftrag, gegen die allgemeine Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen zu stimmen; im übrigen ist ihm freie Hand gelassen. Der von der vorjährigen Konferenz gefaßte Beschluß, betreffend den Ausschuß des Genossen Schumacher in Solingen, wurde aufgehoben und dafür folgender Antrag angenommen: „Der Parteitag hat für den Solinger Wahlkreis einen der Solinger Streitigkeiten entfernt stehenden Kandidaten vorzuschlagen resp. zu bestimmen und ist nur dieser als Reichstagskandidat für unsere Partei zu betrachten.“

Die Parteikonferenz für den 7. badischen Wahlkreis Offenburg beauftragte ihren Delegirten zum Hamburger Parteitag, Genossen Adolf Ged, für die Aufhebung des Kölner Beschlusses einzutreten. Die weitere Behandlung der Frage der Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen soll den einzelnen preussischen Wahlkreisen überlassen werden.

Die „Norddeutsche Volksstimme“ in Westmünde erscheint vom 1. Oktober an in vergrößertem Format in Bremerhaven, wo am Markt Nr. 6 ein Lokal gemiethet ist. Verlag, Chefredaktion und Druck ist dem Genossen Havertkamp übertragen.

In Delmenhorst feierten am Sonntag die Parteigenossen das 25jährige Bestehen des sozialdemokratischen Vereins durch ein Fest mit Umgang, an dem sich 87 Vereine, darunter zahlreiche auswärtige, im ganzen gegen 1000 Personen beteiligten. Die Festrede hielt Genosse Fröhlich aus Bremen.

Der Landesvorstand der Sozialdemokratie Württemberg veröffentlicht in der „Schwab. Tagwacht“ folgende Erklärung: „Dem Verlangen aus Parteikreisen, unsere Meinung über die Anschaffung von Fahnen in sozialdemokratischen Vereinen zu äußern, entsprechend, geben wir hiermit bekannt, daß wir die Verwendung von Geldern zu derartigen Zwecken für vollständig verfehlt betrachten. Wir sind vielmehr der Meinung, daß die Parteigelder in viel nützlicherer Weise durch rege Agitation für Ausbreitung unserer Prinzipien Verwendung finden können, und ersuchen darum die Parteigenossen, hierfür zu wirken. Die Anschaffung von Fahnen kann den Vergnügungsvereinen überlassen bleiben.“

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Am 26. September verläßt in Mühlhausen i. G. der Parteigenosse Martin das Gefängnis, nachdem er dort die einjährige Strafe verbüßt hat, die ihm im Nachwächter-Befeidigungsprozeß auferlegt worden ist. Der Antrag des Staatsanwalts hatte nur auf zwei Monate Gefängnis gelaufen. Sofort nach der Verurteilung war Martin angeblich wegen Fluchtverdachts verhaftet worden. Er verzichtete deshalb auf die Anrufung des Reichsgerichts und trat die Strafe sofort an, während es dem Genossen Kehler aus Mannheim, der in derselben Verhandlung zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt worden war, befalliglich gelang, die Aufhebung des Urtheils und in der ermittelten Verhandlung eine Ermäßigung der Strafe auf die Hälfte zu erwirken. Wie die Mannheimer „Volksstimme“ mittheilt, ist die Gesundheit Martin's, der schon früher einmal wegen Freivergehens ein Jahr im Gefängnis verweilen mußte, diesmal durch die lange Haft schwer erschüttert worden. Mäde er sich bald und vollständig erholen!

Der Parteigenosse Fröhlich in Burgstädt i. S. hat am gestrigen Freitag den Rest der Gefängnisstrafe angetreten, die ihm als verantwortlichen Redakteur der „Volksstimme“ auferlegt worden war. Am Spätesten lehrte er wieder zu den Seinen zurück.

Die Parteiversammlung für den 19. sächsischen Reichstags-Wahlkreis, die am vergangenen Sonntag nach Lugau bei Zwickau einberufen war, ist verboten worden, weil die Thüren des betreffenden Lokals nicht nach außen aufschlagen. Die Versammlung wird nun nächsten Sonntag in Geyer abgehalten.

### Gewerkthätliches.

#### Deutsches Reich.

Der Zentralverein deutscher Formner hat den Mitgliedern folgende Anträge zur Urabstimmung vorgelegt:

Der wöchentliche Beitrag wird auf 25 Pf. erhöht.  
An Arbeitslosen-Unterstützung wird gewährt: Nach 7-tägiger Arbeitslosigkeit pro Woche 6 M. Unterstützung inklusive der Feiertage, exklusive der gewöhnlichen Sonntage (also pro Tag 1 M.). Diese Unterstützung wird ununterbrochen 5 Wochen verabsolgt. Eine weitere Unterstützung kann absondern erst wieder nach Zahlung von 18 Wochenbeiträgen erhoben werden. In einem Jahre darf die erhaltene Unterstützung 60 M. nicht überschreiten.  
Diese Bestimmungen treten, sofern der Antrag angenommen wird, am 1. Januar 1899 in Kraft.  
Die Abstimmung wird am 30. Oktober geschlossen.

Der Streik auf Jenny-Otto-Grube (Oberschlesien) dehnt sich mehr aus. Bei der Ansahrt am Dienstag bewarfen angeblich die Streikenden die über Tage arbeitenden Bergleute mit Steinen und konnte erst durch das Einschreiten der Polizei die Ruhe wieder hergestellt werden. Wie die „Olevo. Volksst.“ meldet, hat der Handelsminister Bresselt über die Lage der Ausständigen auf Jenny-Otto-Grube Bericht eingefordert und dies der Belegschaft telegraphisch mitgetheilt. Die Belegschaft entsendet eine Deputation von zwei Mann nach Berlin.

Weiter berichtet das genannte Blatt: Aus der Eisenerzbederung Miassa im Larnowitzer Kreise haben am Freitag 250 Mann, am Sonnabend weitere 200 Mann, also die ganze Belegschaft, die Arbeit niedergelegt wegen zu geringer Löhne und weil das Schichtaufschreiben zu lange dauert.

Streik der Seelente. In Stettin sind die Matrosen und Gelber sämmtlicher im Stettiner Hafen liegenden Dampfer der „Neuen Dampfer-Kompagnie“ und der Rhederei Daubitz in den Streik eingetreten. Sie verlangen Erhöhung der Monatsbezüge auf 50 M. und für jede Ueberstunde 80 Pf. Mehrere Schiffe konnten infolge des Ausstandes nicht in See gehen. Es ist anzunehmen, daß durch Bewilligung der Forderung der Ausstand beendet wird. Die

erst im Frühjahr d. J. gegründete Organisation der Seelente hat gute Fortschritte gemacht und hat namentlich in letzter Zeit an Mitgliedern sehr gewonnen.

### Ausland.

Ein Streik, der die kapitalistische Ausbeutung in ihrer häßlichsten Form, der Ausbeutung von Kindern, ausbeut, ist kürzlich auf den Schächten „Michael“, „Peter“ und „Joseph“ in Michalkowiz (Mähren) ausgebrochen. Die Streikenden, 160 an der Zahl, insgesammt schwächliche, kaum der Schule entwachsene Knaben im Alter von 14 bis 16 Jahren, die, ohne Rücksicht auf ihre Jugend, zu einer ihrer körperlichen Entwicklung absolut abträglichen schweren Arbeit verwendet werden, beharren mit einer musterhaften Ausdauer auf ihrer Forderung nach einer eigenen Einkommensrechnung für die Schleppe und einer mäßigen Lohn-erhöhung. Die jungen Leute erhielten 60 Kreuzer (1 M.) Schichtlohn. Den Werbern des Direktors gelang es, in Galizien 18 Knaben zu überreden, die aber zum Theil sich ihre Arbeitsblätter wiedergeben ließen.

Vom Kampfe der englischen Maschinenbauer. Der Sekretär des Internationalen Informationsbureaus der Metallarbeiter, Ch. Hobson in Sheffield richtete an den Sekretär für Deutschland ein Schreiben, in dem er folgende Mittheilungen macht:

„Die Firma Vickers in Sheffield fertigt zwei Schraubenschiff-Motoren (Schächte) für den Norddeutschen Lloyd. Wie wir hören, sind dieselben nach Deutschland hinüber geschickt, um dort, während wir streiken, fertiggestellt zu werden. Machen Sie diese Arbeit gest. ausfindig und suchen Sie deren Erledigung und einige andere Ausführengs-englischer Firmen zu verhindern. Die Sendung ist P. S. 7-8763 gezeichnet. Die Länge jeder in zwei Theile nicht Knüpfung getheilten Welle ist 11390 mm zu 9000 mm; Durchmesser 600 mm. Die Arbeit soll für das Schiff Kaiser Wilhelm der Große gehören.“ — Segel er sucht seine deutschen Berufskollegen, das Vorstehende zu beachten und wenn ihnen Arbeiten von englischen Unternehmern zugemutet würden, sich an den Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes zu wenden. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband wird demnach auch Stellung nehmen zur Frage der finanziellen Unterstützung der englischen Berufsgenossen.

Und Lancashire (England) wird dem „Daily Chronicle“ gemeldet: Acht große Spinnereien haben hier seit einigen Tagen still, weil es ihnen an Austragen fehlt. Diese Fabriken haben zusammen 300 000 Spindeln geben, betroffen sind gegen 1000 Arbeiter.

Aus New-York wird unterm 16. September telegraphirt: Heute wurden 300 Grubenarbeiter bei Hagleton (Pennsylvania) von 150 mit Knütteln und Feuerbällen bewaffneten Frauen zum Verlassen der Arbeit gezwungen. Die Arbeitseinstellung in Hagleton ist nunmehr allgemein; hingegen haben heute über 15 000 Kohlen-grubenarbeiter bei Pittsburg die Arbeit wieder aufgenommen; der Rest der Ausständigen wird vor Ende der Woche bei der Arbeit zurück erwartet.

### Soziales.

Die Geisteskranken in den Irrenanstalten Preußens im Jahr 1895. Seit dem Jahre 1875 wird die Irrenstatistik in den preussischen Irrenheil- und Pflegeanstalten mittels Zählkarten erhoben. Während dem königlichen statistischen Bureau nun im genannten Jahre Nachrichten aus 118 Anstalten zugehen, war die Zahl der Anstalten im Jahre 1895 auf 225 gestiegen, von denen sich vier (die Irrenkliniken zu Berlin, Greifswald und Halle a. S. sowie die Irrenabtheilung in der königlichen Strafanstalt Moabit) im Besitze des Staates befanden. Die Provinzial- und Bezirksverbände unterhielten 1895 55 selbständige Irrenanstalten und 3 Anstalten als Abtheilungen von Krank- und Armenhäusern; 15 Städte besaßen ebenfalls selbständige Irrenanstalten, und 14 Städte brachten ihre Geisteskranken in Abtheilungen von Krank-, Staden- oder Armenhäusern unter. Außerdem nahmen 86 Wohlthätigkeits-Anstalten im Besitze von Orden und Vereinen Geisteskranken, und zwar vorzugsweise Idioten, auf. Auch zum Erwerb wurden zahlreiche Irrenanstalten errichtet; im Berichtsjahre gab es 93 Privat-Irrenanstalten, von denen nur 89 Ärzte zu Besitzern hatten, während die übrigen 50 Anstalten anderen Privatpersonen gehörten.

Entsprechend der Steigerung der Zahl der Anstalten, ist seit dem Jahre 1875 auch die Anzahl der Insaßen derselben erheblich gewachsen. Während zwanzig Jahre vorher 18761 Fälle von Geisteskrankheit in den Irrenanstalten zur Behandlung gelangten, waren es deren 1895 bereits 60 701.

Die Zahl der Fälle von Geisteskrankheit ist indes nicht identisch mit der Anzahl der Personen, die den Irrenanstalten befristet gestellt und Pflege übergeben werden, weil es häufig vorkommt, daß die Geisteskranken innerhalb eines Jahres die Anstalten wechseln. So befanden sich im Jahre 1875 unter den Aufgenommenen 7,94 Prozent männliche und 8,87 Prozent weibliche Jere, welche bereits in anderen Anstalten gewesen waren; im letzten Berichtsjahre stieg dieses Prozentverhältniß auf 22,14 für männliche und 21,68 für weibliche Geisteskranken. Unter Berücksichtigung des Wechsels der Anstalten belief sich demnach die Anzahl der Geisteskranken in den Irrenanstalten Preußens im Jahre 1895 auf 56 647 (30 521 männliche und 26 126 weibliche), während 20 Jahre vorher nur 18 267 (9 856 männliche und 8 411 weibliche) Geisteskranken in Irrenanstalten sich befanden. Der Zugang allein ist von 5 479 Personen im Jahre 1875 auf 18 474 im Jahre 1895 gestiegen.

Unter 100 Geisteskranken, welche 1895 in den preussischen Irrenanstalten Aufnahme gefunden hatten, befanden sich 86 Männer und 42 Frauen wie im Jahre 1875.

Welche Krankheitsformen es endlich sind, die vorzugsweise bei den Männern oder den Frauen die Ausnahme in die Irrenanstalten veranlassen, lehrt folgende Zusammenstellung. Unter je 100 in den Jahren 1875 und 1895 Aufgenommenen

	1875		1895	
	m.	w.	m.	w.
einfacher Seelenstörung	51,23	30,54	45,33	70,74
paralytischer Seelenstörung (Gehirnlähmung)	13,84	8,88	18,14	7,08
Seelenstörung mit Epilepsie	6,40	5,80	9,74	9,55
Inbecillität (Schwachsinn), Idiotie (Blödsinn), Kretilismus (Geisteschwäche und körperliche Mißgestaltung)	8,97	8,55	11,11	10,08
Sünderwahnsinn	17,20	1,18	12,60	1,23
waren zur Beobachtung überwiesen	0,16	0,05	0,98	1,39

Der Verein deutscher Irrenärzte hielt seine Jahresversammlung in Hannover ab. Am ersten Tage der Verhandlungen stand das Thema: Der Werth der Degenerationszeichen bei Geisteskranken zur Erklärung. Die Debatte bildete eine interessante Auseinandersetzung über die Lombroso'sche Theorie. Medizinalrath Professor Dr. Zöllner Berlin wies absondern auf die Angriffe hin, die die Irrenärzte im Reichstag und in der Presse erfahren haben, wobei er sich gegen die seiner Zeit vom Abgeordneten Penzmann im Anschluß an den Mexikanerprozeß geübte Kritik der Irrenanstalten wendete. Er empfahl folgende Resolution zur Annahme:

„Der Verein der deutschen Irrenärzte hat mit Bedauern davon Kenntnis genommen, daß in der Verhandlung des Reichstags vom 16. Januar 1897 eine den Thatfachen nicht entsprechende Kritik an den in den deutschen Irrenanstalten bestehenden Zuständen geübt wurde und daß diese Kritik ohne Widerspruch von Seiten der Regierung geblieben ist.“

Der Verein ist mit dem in jener Sitzung angenommenen Antrag auf reichsgesetzliche Regelung der Grundzüge über die Aufsicht des Irrenwesens einverstanden. Er hält es aber für seine Pflicht, erneut darauf hinzuweisen, daß die wichtigste Reform in der Schaffung selbständiger, direkt dem Minister untergeordneter Aufsichtsbehörden bestehen würde, an deren Spitze ein diese Stellung im Hauptamt bekleidender Fachmann steht.“

Auf Antrag des Geh. Medizinalraths Prof. Dr. Penzmann Bonn gelangte diese Erklärung sogleich ohne Debatte einstimmig zur Annahme.

Wir müssen gestehen, daß die Kritik, die der Abg. Penzmann und auch andere Redner an den Zuständen in unseren Irrenanstalten übten, auf grund einwandfreien Materials erfolgten. Die Herren Kerze hätten besser gelban, energischer selbst für die Abstellung der allgemein empfundenen Mißbräuche eingutreten, anstatt den Bekränkten zu spielen. Der Mexikanerprozeß ist nicht der einzige Fall gewesen; es ist fortgesetzt erbrachten Material gegen die hygienischen Zustände in Irrenwesen herbeigeschafft worden. Die Reform auf diesem Gebiete ist eine überaus dringliche.

Ueber die Schuldisziplin sind in den Mittheilungen des Wiener Vereins zur Pflege des Jugenspiels beherzigenswerthe Worte enthalten. Es heißt dort:

„Unter dem Schlagwort „Disziplin“ hat ein ganz grauenhafter Korporalston in vielen Schulen Einzug gehalten, der die Jugend auf Schritt und Tritt mit schmerzenden Befehlsworten begleitet. Keine freie Bewegung, kein herzliches Lachen, kein Mund fest geschlossen, mit scheuen Blicken, den Tritt auf die Sohle vernehmend, so sieht man an manchen Schulen die militärisch gedeckten Reihen gleich Bekrenzungen des Schulhaus verlassen. Und ein bekannter deutscher Schriftsteller schreibt: Sind unsere Schulen ein Bildungsmittel der physischen Volkskraft und Volksgewandtheit, wie sie ein Bildungsmittel seiner Geistes- und Herzenskraft sein sollen? Ja soweit es in die Schule und wider beim laub, darf es sich bewegen, aber in der Schule selbst läßt man es kaum schreien. Und dabei gehört mancherorts der Schulweg schon lange nicht mehr der Jugend. Es ist eine für den Menschenfreund höchst betäubende Sache, wenn er die Bewegungsfreiheit der Pariser und Londoner Jugend mit der ständigen Polizei-Aufsicht vergleicht, unter der viele deutsche Kinder stehen. Vor und nach der Schulzeit stehen Doppelposten in der Nähe der Schulkäfer, um die Jugend am Laufen, Schneeballwerfen und Schreien zu verhindern. Polizeimänner verbieten den Kindern das Schlittfahren auf der Straße, unterfragen ihnen das „Schleifen“, laute Singen etc. Welcher Idealzustand für die Jugend in Paris! Dort überflutet sie die öffentlichen Anlagen, spielt mit großem Geschrei Lammturnball, läßt ganze Platten in den großen Wasserbecken der Springbrunnen segeln und treibt Späße aller Art auf der Straße. In London singen die Mädchen am Abend, in Gruppen durch die Straßen ziehend, tanzen nach den Tönen der Drehorgel und hummen dadurch oft den ganzen Verkehr. Dieser sah ich Knaben um die hohe Gestalt eines gravitätischen Polizeibieners herum „Fropfen und Fropfen“ spielen, ohne daß dieser auch nur eine Miene verzog. Gehört es doch nicht zu seinen Aufgaben, das unschuldige Spiel der Kinder zu stören.“

Vom grünen Tisch. Wegen der Verwendung eines mangelhaften Geräthes war gegen einen Maurermeister in Goldberg in Mecklenburg von Seite der Maurer die Staatsanwaltschaft in Gärrow angereisen worden. Diese meinte jedoch, es liege kein Grund zum Einschreiten vor, da der betreffende Maurermeister bei der Ausführung des Geräthes nicht wider die allgemein anerkannten Regeln verfahren habe, daß daraus für andere eine Gefahr entstehe. Die Maurer wandten sich nun an den Zentralvorstand des Maurerverbandes, damit dieser die Sache bei der Hamburgischen Vaugewerks-Berufsgenossenschaft zur Sprache bringe. Das geschah, und zwar mit Erfolg. Der Vorstand der Berufsgenossenschaft hat dem Zentralvorstand unterm 2. September mitgetheilt, daß die Befestigung des fraglichen Geräthes durch den Beauftragten die Verletzung der Befestigung im allgemeinen befristigt habe, daß dem Maurermeister eine ernste Rüge zu theil geworden sei und daß dessen fernere Bauausführungen dauernd kontrollirt werden würden.

Das Arbeitsdepartement des Handelsamts hat seinen vierten Jahresbericht über die Wanderungen in den Löhnen und der Arbeitszeit im Vereinigten Königreich veröffentlicht. Die „Frankf. Ztg.“ theilt daraus das folgende mit: 1896 wurden durchschnittlich fast 27 000 Pfd. mehr an Löhnen die Woche bezahlt. Die Löhnerhöhung erstreckte sich fast über alle bedeutenderen Gewerke, ausgenommen den Bergbau. Die Untersuchung des Handelsamtes umfaßte 8 500 000 Personen, einschließlich der landwirthschaftlichen Arbeiter, der Seelente und Eisenbahn-Bediensteten. Während des Jahres 1896 änderte sich der Lohn von 607 634 Personen. 382 225 erfuhr eine Netto-Löhnerhöhung und 187 857 eine Löhnerabsetzung. Die übrigen verdienten am Ende des Jahres gerade so viel, wie am Anfang. Was die Beschäftigung der Arbeitszeit betrifft, so demoh sich diese durchschnittlich auf 78 533 Stunden die Woche. Die Zahl der Arbeiter, die nur 48 Stunden die Woche arbeiten, hat sich im Jahre 1896 vermehrt. Wenige Arbeiter, die früher die achtstündige Arbeitszeit erlangten, hatten wieder länger zu arbeiten, als 48 Stunden die Woche. 1814 Arbeitern wurde der achtstündige Arbeitstag gewährt. Davon standen 453 bei Privatpersonen im Dienste und 881 bei öffentlichen Behörden. Es kamen im ganzen nur vier Fälle vor, wo Arbeitern, denen der achtstündige Arbeitstag gewährt worden war, derselbe wieder entzogen wurde.

### Gerichts-Beilage.

Wegen schwerer Befeidigungen gegen den Prediger von St. Georgen, Superintendent Wegner, wurde heute vor der städtischen Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Bundesgerichtsdirigenten Voigt gegen den Bureauehelfen Wilhelm Schöbel und den Agenten Emil Heintze verhandelt. Letzterer ist der Beihilfe beschuldigt. Den Angeklagten stehen die Rechtsanwält Dr. Platau und Dr. Lubjanski zur Seite. Seit dem 1. April 1890 hat der Mandant Schulze den Posten eines Mandanten an der Kirchenkasse der St. Georgenkirche inne. Schöbel ist damals vorübergehend als Hilfsarbeiter aufgenommen worden und Schulze hatte ihm in Aussicht gestellt, daß die Anstellung eine dauernde werden würde. Daraus ist nichts geworden und schließlich ist Schöbel freiwillig ausgeschieden. In der Folge hat er alldann Denunziationen gegen Schulze und den Superintendenten Wegner bei der Staatsanwaltschaft losgelassen; als denselben keine Folge gegeben wurde, bewertete er sich bei der Ober-Staatsanwaltschaft und bei dem Justizminister, es ist aber nichts gegen die Beschuldigten erfolgt. Diese Denunziationen waren die Folge der Thatfache, daß Schöbel wegen Denunziation des Superintendenten Wegner zu 9 Monaten Gefängnis verurtheilt worden ist. Als Schöbel mit seinen Strafanzeigen keinen Erfolg hatte, ging er zu einer andern Methode über, um den Superintendenten Wegner zu verunglimpfen. Im März v. J. schrieb er an mehrere Mitglieder des Gemeindefiskus von St. Georgen Briefe, in denen er den Vorwurf des wiederholten Meineids gegen den Superintendenten Wegner schleuderte. Einige dieser Briefe hat der Angeklagte Heintze, der früher Kassirer der Kirchenkasse war und auch mit dem Superintendenten Wegner bezug dem Mandanten Schulze in Fehde liegt, nach einem Entwurf des Schöbel geschrieben. In den Briefen wird behauptet, daß Superintendent Wegner einmal geäußert habe, „er schreie vor seinem Verbrechen zurück, um jeden, der sich ihm oder dem Mandanten Schulze in den Weg stelle, wegzuräumen.“ Außerdem wurde den Kirchenratsmitgliedern mitgetheilt, daß der Briefschreiber Herrn Wegner wegen Meineides denunzirt und daß dieser seine Eidespflicht thatsächlich wiederholt verlegt habe. Schöbel behauptete vor Gericht, daß er auf grund solcher Anklagen seine Strafe von neun Monaten Gefängnis erlitten und mit den Briefen den Zweck seiner Rehabilitirung verfolgt habe. Er hat eine große Anzahl Zeugen aus der Georgengemeinde laden lassen, mit deren Hilfe er den Versuch machen will, nachzuweisen, daß seine gegen den Superintendenten Wegner erhobenen schweren Vorwürfe begründet seien. Es handelt sich dabei um Vorgänge innerhalb der Kirchenkasten-Verwaltung, die schon in mehreren Vorprozessen durch umfangreiche Beweisaufnahme dahin festgestellt worden sind, daß weder der Superintendent Wegner, noch der Mandant Schulze irgend



ein Vorwurf treffen könne, und daß sie theils ganz harmloser Natur waren, theils auf irrthümliche Auffassung der Angeklagten zurückzuführen sind. In den Vorproben ist auch der Superintendent Wegner wiederholt als Zeuge vernommen worden. Nach den Behauptungen des Angeklagten Schödel soll er dabei die Einkünfte des Todtengräbers Franzke, die über 27 000 M. betragen, fälschlicherweise auf ein Drittel dieser Summe angegeben und ebenso falsch behauptet haben, daß der inzwischen zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilte, aber wieder in den Dienst der Georgengemeinde genommene Kassendirektor Gruba nicht wegen Untreue entlassen, sondern wegen angeblicher Unzulänglichkeiten in seiner Wohnung in ein anderes Amt gebracht worden sei. Falsche Aussagen wird dem Superintendenten Wegner ferner vorgeworfen bei der Erörterung einiger instruktionswidriger Handlungen des Todtengräbers Franzke, auch soll er die Vorgänge falsch dargestellt haben, als dem Mentanten Schulze von dem Mitangeklagten Heintze der Vorwurf gemacht worden war, einer Kirchenkollekte 2 M. entwendet zu haben, sodann bei seiner Aussage über das Verschwinden eines Markstückes aus der Kirchenbüchse, über die Revision des Kirchenbaufonds für die Innemmelkirche zc. Schließlich stellt der Angeklagte Schödel die ungewöhnliche Behauptung auf, daß Superintendent Wegner, der die geschiedene Frau des Bonbonfabrikanten Schulz geheiratet hat, über die Ertheilung des Konfesses zu dieser Ehe falsche Angaben gemacht habe. Alle diese Behauptungen werden auf das entschiedenste bestritten. Die Beweisaufnahme ist eine sehr umfangreiche. Unter zahlreichen Kirchenratsmitgliedern sind u. A. auch die Prediger Dahms und Zimmer, Superintendent Kreibitz und Generalsuperintendent Bräuner als Zeugen geladen. Weiterer ist durch Krankheit am Erscheinen verhindert. Als Sachverständiger wohnt Bureaudirektor Verkmeyster der Verhandlung bei.

Die Beweisaufnahme ergab nichts zur Befestigung der Anschuldigungen des Angeklagten Schödel. Mit Rücksicht auf die Schwere der Beleidigungen und namentlich mit Rücksicht darauf, daß diese gegen einen Geistlichen gerichtet waren, verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten Schödel zu 1 Jahre Gefängniß, den Angekl. Heinze zu 10 Tagen Gefängniß. Schödel wurde wegen Fluchtverdachts in Haft genommen.

## Versammlungen.

Die Maurer Berlins nahmen am Donnerstag in einer öffentlichen Versammlung in Keller's Festhallen den Bericht über die Lohnbewegung und die Abrechnung der Lohnkommission entgegen. Die Versammlung war stark besucht. Es lag ihr eine 64 Seiten starke, gedruckte „Abrechnung über die Lohnbewegung der Maurer Berlins und Umgegend“ vor. Silberschmidt gab zuerst einen kurzen mündlichen Bericht. Danach haben in der Zeit der Lohnbewegung 52 Versammlungen stattgefunden, außerdem 49 Kommissionssitzungen. An Flugblättern sind 51 000 Exemplare an die Maurer in Berlin und der Provinz Brandenburg verbreitet worden. Der Kassier Richter gab danach die Abrechnung, die sich in den Hauptzahlen für die Zeit vom 2. Januar bis 2. August d. J. folgendermaßen stellt: Gesamt-Einnahme 95 071 M. 13 Pf., darunter an größeren Posten: Bestand am 2. Januar 20 516 M., durch Sammlung auf Listen 63 562 M., Darlehen von der Gewerkschaftskommission 10 000 M., Zellerfassungen in 30 Versammlungen 613 M. Die Gesamtausgabe betrug 86 209 M. 13 Pf. Größere Posten darunter sind: Für Hamburger Hafenarbeiter 4000 M., Schuhmacher Weisenfels 1000 M., Maurer-Streikunterstützung vom 14. bis 28. Juni 28 918 M., an Hilfsverwalter 1288 M., Baupfaffen 25 668 M., Maßregelungen 2340 M., Maßregelungen vom 1. Mai 1722 M., Lohnentschädigung der Lohnkommission 8887 M., Druckkosten 2100 M., Projektkosten und Strafen 1400 M., zurückgezahlte Darlehen an die Gewerkschaftskommission 10 000 M. Die Bilanz stellt sich demnach:

Einnahme	95 071,13 M.
Ausgabe	86 209,48 „
Bestand am 2. August	8861,65 M.

In der Diskussion demangelte Valzki verschiedene Ausgaben, so beispielsweise, daß an die Theilnehmer größerer Besprechungen je 50 Pf. Spesen bezahlt worden sind, daß den Banarbeitern aus der Maurerkasse 200 M. für Agitation überwiesen worden sind zc. Nach einer längeren Diskussion, die sich hauptsächlich mit Fehlbeträgen bei einzelnen Sammlern von zusammen ca. 500 M. beschäftigt, wird beschlossen, vorläufig von einer Decharge-Ertheilung abzusehen, um den Sammlern auf den künftigen Gelegenheiten zu geben, die Richtigkeit der Veröffentlichung der Listenbeträge zu prüfen.

Ueber Mißstände auf verschiedenen Bauten und Bausperrn berichteten Rehle und Richter. Der letztere erzählt, daß er ohne jeden Grund in der Straße 46 auf Veranlassung des Maurermeisters Schmidt verhaftet worden ist. Freisch berichtet über die Bausperrre auf der Gasanstalt in der Nichtestraße. Anstelle der streikenden Maurer sind dort zum Theil Streikbrecher getreten, die von dem Arbeitsnachweis der Innung befreit worden sind. Der Berliner Magistrat hat dem Unternehmer die Fertigstellungsfrist um zwei Jahre verlängert und dadurch Partei für die Unternehmer genommen. Die Sache wird von den sozialdemokratischen Stadtverordneten in der Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache gebracht werden. Es wird beschlossen, die Sperre aufrecht zu erhalten und dann noch verschiedene kleinere Anträge erledigt.

Die Formier hielten am Donnerstag im Kolberger Salon eine sehr stark besuchte Versammlung ab. Dem Bericht des Vertrauensmannes Müller zufolge haben die Fabrikanten ihre bisher innegehabte Taktik gegenüber den Streikenden infolgedessen geändert, als sie den Arbeitsnachweis, der sonst für alle Arbeiter, welche keine Streikbrecherdienste leisten wollten, gesperrt war, nunmehr freigegeben haben. Diese Maßregel hat sich nötig gemacht, weil infolge der bisherigen Taktik nachgerade bei verschiedenen Firmen ein Mangel an Arbeitskräften eingetreten ist. Wenn aber die Fabrikanten geglaubt hätten, durch die Anwendung hinsichtlich des Arbeitsnachweises einen Keil in die Reihen der Streikenden zu treiben, so hätten sie sich geirrt. Nach dem Beschluß der Versammlung vom letzten Sonntag müsse man auf einen allgemeinen Anstand der Formier gefaßt sein, denn die Fabrikanten hätten beschlossen, jeden Arbeiter zu entlassen, der sich weigert, vorläufige Arbeit zu machen. Bei der Firma Hoffmann u. Kühnemann sei damit der Anfang gemacht worden; sämtliche Formier haben wegen Verweigerung der vorläufigen Arbeit die Fabrik verlassen müssen. Auch an anderen Stellen haben Arbeitsverhältnisse aus dem gleichen Anlaß stattgefunden. Von 84 organisierten Formieren, die bis jetzt ausständig sind, haben 50 Berlin verlassen. Die die Verhältnisse jetzt liegen, gebe es ein „zurück“ nicht mehr. Der Kampf könne möglichenfalls große Dimensionen annehmen. Die Schuld an demselben trage die Firma Hoffmann, welche sich nicht herbeilassen wollte, wegen einer geringfügigen Lohnerhöhung mit ihren Arbeitern zu unterhandeln. Wenn die Fabrikanten den allgemeinen Anstand haben wollten, die Arbeiter würden nicht vor denselben zurückweichen, sondern aushalten, bis die Fabrikanten geneigt sind, mit ihnen zu unterhandeln. In der Diskussion kam eine Anzahl von Rednern zum Wort, welche auf den Ernst der Situation hinwiesen und alle darin übereinstimmten, daß der begonnene Kampf mit aller Energie zu Ende geführt werden müsse. Unter anderem führte Käthe aus, daß er zwar, ebenso wie eine Reihe anderer Kollegen, in der Sonntags-Versammlung gegen die allgemeine Verweigerung der vorläufigen Arbeit gesprochen habe und nicht besonders erbaud davon gewesen sei, daß die Arbeiter ihre bisher befolgte Taktik geändert haben. Nachdem aber die betreffende Versammlung mit 7/8 Majorität ihren Beschluß gefaßt habe, sei es selbstverständlich, daß dieser Beschluß nicht nur für alle Formier, sondern auch für sämtliche Metallarbeiter bindend sei. Jetzt sei nicht nur die Arbeit der Firma Hoffmann, sondern auch die der Firma Hoffmann u. Kühnemann zu verweigern. In den nächsten Tagen würden schärfere Maßregeln der Unternehmer zu erwarten sein. An ein „zurück“ sei nicht mehr zu denken. Von dem Verhalten der aktiv am Anstand be-

theiligten Arbeiter hänge es hauptsächlich ab, ob derselbe im Interesse der Formier und der gesamten Arbeiter zu Ende geführt werde. Als Vertreter der Berliner Metallarbeiter könne er sagen, daß diese die Formier in ihrem Kampfe, der bedeutende Geldmittel erfordern werde, in jeder Hinsicht unterstützen würden. Schwarz, Vorsitzender des Zentralvereins der Formier, bemerkte unter anderem, es wäre vorzuziehen gewesen, daß es einmal zu einem Kampfe zwischen den Formieren und Streikbrechern kommen müsse. Die Arbeiter hätten stets ihr Möglichstes gethan, den Kampf zu vermeiden, jetzt aber, wo die Bewegung ausgebrochen sei, heiße es: Anhalten bis zum Siege. In demselben Sinne sprachen noch eine ganze Anzahl Redner. Litzin sicherte insbesondere die Hilfe des Metallarbeiterverbandes zu. Die Versammlung beschloß: Alle ledigen Formier, soweit sie nicht einen Posten in der Organisation bekleiden, haben unverzüglich Berlin zu verlassen. Jeder arbeitende Eisenformier hat vom nächsten Sonnabend an 10 pCt. seines Verdienstes an den Streikfonds zu zahlen.

Eine öffentliche Versammlung der Töpfer tagte am Donnerstag im „Alten Schützenhause“. Reichstags-Abgeordneter Fischer hielt einen Vortrag über: „Die Nothwendigkeit des Zusammenhangs der gewerkschaftlichen Kämpfe und der politischen Bewegung.“ Gegenüber der namentlich von bürgerlicher Seite oftmals aufgeworfenen Frage, ob die für die gewerkschaftlichen Kämpfe aufgewendeten Mittel mit den materiellen Erfolgen derselben in Einklang stehen, müsse betont werden, daß die Arbeiter durch diese Kämpfe zum Bewußtsein der Gleichberechtigung mit den bürgerlichen Klassen gekommen seien. Der bedeutendste Erfolg sei aber das unentwegte Fortschreiten und Eindringen des sozialen Gedankens in das öffentliche Leben sowohl als auch in die Gesetzgebung, namentlich in den letzten beiden Jahrzehnten. Der Referent sah seine Ausführungen dahin zusammen: Die Gewerkschaften haben bisher Großes geleistet, aber noch größere Aufgaben stehen denselben bevor, sodas dieselben alle Kräfte haben, sich möglichst zu stärken und zu festigen. Die endgiltige Lösung aller wirtschaftlichen und politischen Fragen sei jedoch Aufgabe der politischen Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie. Eine Diskussion knüpfte sich an den Vortrag nicht. Unter Gewerkschaftlichen wird an Stelle Pöhl H. David zum Vertrauensmann gewählt. Zugleich beschließt die Versammlung, daß derselbe seinen geschäftlichen Sitz vom 25. d. M. ab im Vereinslokal, Rosenhallerstraße 57, aufzuschlagen hat. Hagen tadelt, daß seitens des Zentral-Arbeitsnachweises im „Vorwärts“ inserirt wird, während noch massenhaft Arbeitslose in Berlin vorhanden seien. Kaulich und Thiele erklären, jeder berechtigten Kritik Rechnung tragen zu wollen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Bezirk Wedding-Gesundbrunn. Genosse Faulow hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die kulturgeschichtliche Entwicklung Frankreichs im 15. bis 18. Jahrhundert“. Rede wurde zum Beitragsammler für die Zahlstelle 18 gewählt. Ferner werden in die Werkstatt-Kontrollkommission gewählt: Schneider, Lehning, Schenk, Schöndel, Berg, Geisler, Fugl und Wiedner. Der Obmann bedauert den schwachen Besuch der Vertrauensmänner-Versammlungen und fordert zu regerer Theilnahme auf.

Im Bezirk West und Südwest referierte Dr. Bernstein über: „Anstehende Krankheiten.“ Zu Verbandsangelegenheiten giebt Kollege Kusche sich der Hoffnung hin, daß sich die Bezirksversammlungen mit der Zeit zu interessanten Vortragsabenden gestalten mögen, da Werkstattangelegenheiten in Vertrauensmänner- und Kommissionssitzungen erledigt werden können. Kollege Zwanzig erinnert an die Krankenkassen-Versammlungen, welche in nächster Zeit zwecks Wahl der Delegierten zur Generalversammlung stattfinden und mahnt zu reger Theilnahme.

In der Bezirksversammlung für Rosenhaller und Schönhäuser Vorstadt hielt Genosse Hoffmann einen Vortrag. Darauf wurde Berndt als Beisitzer und Döbel als Schriftführer, Kloninger, Leslau und Knobel als Beitragsammler gewählt. Ferner wurde beschlossen, die Zahlstelle von Lottringerstraße nach der Linienstraße zu verlegen.

Eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Gastwirthschaftsgehilfen, die am Donnerstag bei Cohn, Beuthstraße, tagte, beschäftigte sich mit dem im Oktober in Berlin stattfindenden Kongress der Angestellten im Gastwirthsgewerbe. Das einleitende Referat hatte P. Böhsch übernommen, der in eingehender Weise die Bedeutung dieses Kongresses für die Gastwirthschaftsgehilfenbewegung und die einzelnen Punkte der Tagesordnung desselben erörterte. Nach kurzer Diskussion gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammelten mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden erklärten. Im weiteren wurde ein Antrag angenommen, nach welchem die Versammlung wünscht, daß der Kongress die Tagesordnung erweitert und die Forderung: Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Gastwirthsgewerbe, aufstellt. Ferner wird erwartet, daß der Kongress sich mit den Innungssekretrationen, Gehilfenvereinigungen, Krankenkassen, Schiedsgerichten zc. beschäftigt und die Frage der Theilnahme an den diesbezüglichen Wahlen erörtert. Als Delegierte für Berlin wurden Dr. Fischer, Wegener, Roth, Polter und Böhsch gewählt.

In einer Versammlung der Puzer, die am Mittwoch im Lokal „Königsbau“ abgehalten wurde, hielt Reichstags-Abgeordneter Rob. Schmidt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation. Dann erstattete der Vertrauensmann den Bericht der Kommission, aus dem folgendes hervorzuhelien ist: Die Arbeitslosigkeit war im abgelaufenen Sommer nicht so gänzlich, als man erwartet hatte. Zwar ist eine ganze Anzahl von Bauten vorhanden, aber die Puharbeit hat sich in Berlin dadurch vermindert, daß im Innern die Mahlarbeit mehr und mehr Eingang findet, während die Facaden oft ganz oder zum Theil in Sandstein angefaßt und Puharbeiten von den Studateuren gemacht werden. Infolge dieses Umstandes sind die Akkordpreise für Facadenarbeit soweit gesunken, daß ein Tagesverdienst von 7 M. kaum noch erzielt werden kann. Eine an zwei Tagen vorgenommene Kontrolle ergab das Resultat, daß zur Zeit auf 89 Bauten 672 Puzer arbeiten, davon 450 innen und 514 außen. Auf 19 Bauten wird unter dem Tarif (zu 19 Pf.) gearbeitet. Diese Bauten sind in den Händen von Putzmeistern. 39 Bauten können in den nächsten 2 bis 3 Wochen in Angriff genommen werden. Wegen des Mangels an Puharbeit hat ein Theil der Puzer wieder Arbeit als Maurer genommen. Wenn auch für die nächste Zeit etwas mehr Arbeitsmöglichkeit für Puzer vorhanden sei, so könne von einer guten Konjunktur doch keine Rede sein. An den Kommissionenbericht schloß sich eine kurze Diskussion, in der betont wurde, daß man vor allen Dingen danach streben müsse, auf denjenigen Bauten, die unter dem Tarif zahlen, einen tarifmäßigen Lohn zu erlangen.

In der Freien Vereinigung der Kaufleute hielt Herr Dr. Weyl am letzten Mittwoch einen sehr interessanten Vortrag über moderne Krankheiten. Nach dem Vortrag wurden aus der Mitte der Anwesenden eine große Anzahl Fragen an den Referenten gestellt, die dieser in ausführlicher Weise beantwortete. Am Mittwoch, den 22. September, spricht das Mitglied Leopold Diepmann über „Soziale Studien an dem Konkurse Max Simon“.

In der Versammlung der Militärmägenarbeiter wird mitgeteilt, daß drei hiesigen Firmen Lohndruckereien eingetreten seien. In einer demnächst abzuhaltenden Vorstandssitzung soll dazu Stellung genommen werden. Zu Punkt 2 wird von Friedl angefordert, daß sich die Mitglieder recht zahlreich an der Kürschner-Versammlung, welche bei Cohn, Beuthstraße 20-22, stattfindet, theilnehmen sollen. Auch wird bekannt gemacht, daß das Stiftungsfest am 18. November im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c, stattfindet.

Der Zweigverein Berlin des Verbandes deutscher Barbier, Friseur und Perrückenmacher hielt am 9. ds. Mts. seine

regelmäßige Versammlung ab. Nachdem zu Punkt 1 Ergänzungswahl des Vorstandes der erste und zweite Schriftführer neugewählt worden, hielt Starosson zu Punkt 2: der Innungskongress zu Dessau, einen Vortrag. Ein Antrag, diesen Vortrag in einer öffentlichen Versammlung zu behandeln, wurde angenommen und infolge dessen auf eine Diskussion über den Innungskongress verzichtet. Die nächste Vereinsversammlung findet am 30. September, abends 10 1/2 Uhr, im selben Lokal statt.

Die Anfertigung hielten am Sonnabend, den 11. d. M. eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Schütte einen Vortrag über die große französische Revolution hielt. Zum zweiten Punkt wurde der Bericht des Gewerkschafts-Delegierten entgegengenommen. Als Revisoren wurden Garfarkelli, Geth und Pummerer gewählt. Den Revisoren wird das Recht zugestanden, alljährlich eine unveränderte Revision vorzunehmen. Kollege Kühne theilte noch mit, daß die Bruderschafts-Mensilien dem Märkischen Museum überliefert sind.

Der Verband der Möbelpolierer (Zahlstelle Norden) hielt am Montag, den 13. d. Mts., seine regelmäßige Versammlung ab. Starosson sprach über „Ruffische Denkwürdigkeiten“. Hierauf wird May Faustmann als Bevollmächtigter und Kiehlblock als Beisitzer gewählt. Es wurde ferner auf das Stiftungsfest des Verbandes aufmerksam gemacht, welches am 25. September in Keller's Festhallen, Kopenstraße, stattfindet.

Der Arbeiter-Bildungsverein für Wilmersdorf hielt am 8. September seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Vorstand erstattete Bericht über die Eingabe an die Gemeindeverwaltung betreffs obligatorischer Beschaffung von Lehrmitteln an die Schulkinder durch die Gemeinde. Diese ist abschlägig beschieden worden. Die Frage, ob bei unentgeltlicher Lieferung von Lehrmitteln an Kinder in Noth geachteter Eltern, den betreffenden dasselbe als Armenunterstützung angerechnet werde, ist vom Gemeindevorstand dahin beantwortet, daß dies als Armenunterstützung nicht zu betrachten sei. Ein Antrag, die Sternwarte im Treppower Park zu besichtigen, fand darin seine Erledigung, daß den Genossen empfohlen wurde, sich den Schöneberger Genossen anzuschließen, welche am Sonntag, den 26. d. Mts., die Sternwarte besichtigen. Willets à 75 Pf. sind bei Klingenberg zu haben. Ein Antrag, zehn Mark für die Ueberschwennten zu bewilligen, wurde abgelehnt mit der Motivirung, daß man, wie frühere Fälle gelehrt, kein Vertrauen zu einer gerechten Vertheilung der Gelder habe. Unter Verschiedenem wurde eine Anfrage, wie weit die Reorganisation geblieben sei, dahin beantwortet, daß der Ort in sieben Bezirke getheilt sei mit je einem Bezirksleiter und wurde den Genossen empfohlen, sich den betreffenden recht zahlreich zur Verfügung zu stellen. Die nächste Versammlung, welche am 22. d. M. bei Klingenberg, Berlinerstraße 40, stattfindet, ist eine öffentliche mit einem Vortrag des Herrn Grundmann über Magen- und Lungenleiden.

Im Arbeiter-Bildungsverein Friedrichshagen wurden nach einem Vortrag des Genossen Wagner Gemeindevorstandesangelegenheiten besprochen. Genosse Sonnenburg, der einzige Vertreter der Friedrichshager Arbeiterkassette im Gemeinderath, theilt mit, daß der Gefängniswärter außer freier Wohnung nunmehr 100 Mark jährliche Entschädigung erhalten wird. Dafür hat der Mann die Verpflegung der Gefangenen, Reinigung und Heizung der Räumlichkeiten zu versorgen. Früher waren ihm nur 60 Mark bezahlt worden; Sonnenburg hatte eine Erhöhung auf 120 Mark beantragt. Verschiedene Gemeinderathmitglieder hatten bei der Beratung die Ansicht geäußert, daß nicht ständig Gehalt zu werden brauchte, sondern nur, wenn Zusätze eingeleistet würden. Es sei kein großes Unglück, wenn die Bagabunden mal frieren. Bei zu großer Annehmlichkeit unseres Gefängnisses würden sich bald alle Bagabunden nach denselben sehnen. Unser Genosse hatte sich entschieden gegen diese Ansichten gewandt und betont, daß derjenige, gleichviel was er verbüßt, bei dem Verlust seiner Freiheit nicht noch frieren solle. Im 19. Jahrhundert sollte man doch solche Humanität von jedem erwarten. Der andere Punkt betraf die im Winter für die Arbeiter wichtige Morgenbeleuchtung. Die Gemeindeverwaltung hatte sich schon mehrere Male mit diesem Antrage beschäftigt, auch im letzten Etat 1100 M. hierfür eingestellt, da einige Einwohner aber die Abendbeleuchtung zweier entfernter Straßen beantragt hatten, wurde gegen die Stimme unseres Genossen von der Morgenbeleuchtung Abstand genommen, aber einstimmig dem Antrage auf Beleuchtung der betreffenden zwei Straßen stattgegeben. Also, wer nicht warten will, bis die Sonne aufgeht, mag sich in unserem circa 10 000 Einwohner zählenden Orte im Finckern zurecht finden. Sonnenburg wies hierbei auf die Pflicht eines jeden Genossen hin, bei der im nächsten Jahre stattfindenden Gemeinderathswahl unsere Kandidaten zum Siege zu verhelfen, da es für einen auf die Dauer zu schwer wird, alles allein zu bewältigen und zu vertreten. — Die Bibliothek des Vereins befindet sich bei Gorbach, Kirchstr. 9b.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

Bozen, 17. September. (B. G.) Der bekannte Maler Professor Schön ist in Grundtodt am Wörther See gestorben.

Bermannstadt, 17. Sept. (B. G.) Der Direktor des Elektrizitätswerkes in Zook kam zufällig dem Drahte einer elektrischen Maschine zu nahe und wurde von dem elektrischen Strom sofort getödtet.

Zürich, 17. September („Frankfurter Ztg.“) Der seit bereits vierzehn Tagen anhaltende Regen hat im Verkehr und in der Landwirtschaft schwere Katastrophen verursacht. Im Kanton Graubünden sind durch Erdschätze Gräben verschüttet und in Kanton Bern durch neuerliches Hochwasser Brücken zerstört worden. Einzelne Flüsse stiegen innerhalb zwölf Stunden um 80 cm.

Locarno, 17. September. (B. G.) Fräulein Ferrari aus Bionasco stürzte bei einem Ausfluge in das Gebirge in einen Abgrund und war sofort todt.

Wien, 17. September. (B. G.) Festige Regengüsse veranlassen ein schnelles Steigen der Donau und deren Nebenflüsse. In Ober- und Nieder-Oesterreich herrscht Hochwassergefahr.

Paris, 17. Sept. (B. G.) Nach Meldungen aus China dauern daselbst die Christenverfolgungen fort. Im Distrikt Yu-Papang ist eine Mission geplündert und das Wohnhaus niedergebrannt worden. Der argentinische französische Konsul hat der Mission die erbetene Hilfe geleistet.

Paris, 17. September. (B. T. B.) Wie der „Temps“ erfährt, hat der König von Siam gestern mit dem Minister des Auswärtigen Donatour über eine sorgfältige Durchführung der Bestimmungen des Vertrages von 1893, betreffend die Mittel und Wege zur Verhütung von Grenzverletzungen konferirt.

Madrid, 17. Sept. (B. G.) Der Bischof von Majorca veröffentlicht einen Erlaß, wonach er die Exkommunikation über den spanischen Finanzminister verhängt, weil er einen Theil der Güter des Alexi's beschlagnahmt habe. Die Regierung beschloß, wegen der Handlungsweise des Bischofs in Rom zu protestiren.

Warschau, 17. September. (B. G.) Ein von Plock nach Niedzawa fahrender Weichseldampfer, der mit 16 Marinesoldaten besetzt und mit Munition besetzt war, ist infolge Anpralls an einen großen Stein gesunken. Der Maschinenist und acht Soldaten sind ertrunken; die gesammte Ladung ist verloren.

San Francisco, 17. September. (B. T. B.) Nach hier eingegangenen Privatdepeschen haben sich die Truppen des Präsidenten Barrios von Guatemala in Quetzaltenango nach zweitägigem Kampfe ergeben. Man glaubt, daß die Aufständischen einen vollständigen Sieg errungen haben, durch den der Herrschaft des Präsidenten Barrios ein Ende gesetzt ist.



Kommunales.

Die Stadtverordneten-Versammlung wird sich demnächst mit der durch das Kommunal-Schulgesetz notwendig gewordenen Neuordnung der Gehälter der Lehrer und Lehrerinnen an den Gemeindeschulen befassen müssen.

I. Für endgültig angestellte Lehrer: Grundgehalt 1200 M., Miethschädigung 650 M., neun Alterszulagen bis zur Höhe von 2200 M., so daß das Gesamteinkommen nach 31 Dienstjahren 4050 M. beträgt.

II. Einjährig angestellte Lehrer entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen. Grundgehalt 960 M., Miethschädigung 450 M.

III. Rektoren: Grundgehalt 2400 M., Miethschädigung 600 M. oder Dienstwohnung, Alterszulagen nach dem Dienstalter als Lehrer wie bei den Lehrern.

IV. Lehrerinnen: Grundgehalt 1200 M., Miethschädigung 450 M., acht Alterszulagen von je 200 M. in dreijährigen Zwischenräumen, so daß das Gesamteinkommen nach 24 Jahren 3250 M. beträgt.

Die an den Gemeindeschulen beschäftigten Hospitantinnen sollen erhalten: Grundgehalt 960 M., Miethschädigung 300 M. Die Dienstzeit soll bei der Anstellung in Anrechnung kommen.

V. Fachlehrerinnen (Handarbeits- und Turnlehrerinnen): Grundgehalt 1000 M., Miethschädigung 450 M. Sechs Alterszulagen von je 100 M. in dreijährigen Zwischenräumen, so daß das Gesamteinkommen nach 18 Jahren 2050 M. beträgt.

Neun Anträge haben unsere Genossen in rothem Hand eingeklopft. Der erste betrifft Maßnahmen für Lungenleidende. Der Antrag lautet: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen: 1. Zu den bestehenden Heimstätten für Brustkranke in Rathow und Wlantenfelde noch zwei weitere städtische Heilstätten für die sofortige Aufnahme von Lungenleidenden beiderlei Geschlechts für den Sommer 1898 einzurichten, 2. in gemischter Deputation mit der Stadtverordneten-Versammlung in Beratung über den Neubau einer Heilstätte für Tuberkulöse beiderlei Geschlechts zu treten.“

Die beiden nächsten Anträge beziehen sich auf die Lage der städtischen Arbeiter in Fällen von Krankheit, Unfällen und Arbeitsunfähigkeit. Bekanntlich war am 16. Januar 1896 von unseren Genossen in der Stadtverordneten-Versammlung beantragt, Auskunft darüber zu geben, wie für die Fälle von Krankheit und Unfall für die städtischen Arbeiter gesorgt ist und für die direkt oder indirekt für die Stadt Berlin beschäftigten Arbeiter in Krankheits- und Unfällen so zu sorgen, als ob die betreffenden Arbeiter dem Krankenversicherungs- und Unfallgesetz unterständen.

Die weiteren sechs Anträge betreffen das Gebiet der Schule. Die wiederholt von unseren Genossen aufgestellte Forderung auf unentgeltliche Lieferung der für die Gemeindeschüler notwendigen Lehrmittel wird von neuem verlangt. Eine Enquete darüber, wie viele Gemeindeschüler linder ohne Frühstück die Schule besuchen, verlangt ein zweiter Antrag. Die Einstellung von Mitteln in den Etat zwecks einer geordneten ärztlichen Untersuchung und Ueberwachung des Gesundheitszustandes der städtischen Schüler durch Schulärzte und zwecks Ausbildung der Lehrer in der Hygiene verlangt der dritte Antrag.

Der nächste Antrag fordert den Erlass einer Polizeiverordnung, durch welche die gewerblichen Beschäftigungen von Schulkindern vor Beginn der Schulzeit, insbesondere das Ausstragen von Milch, Backwaren und Zeitungen, durch Schulkinder verboten wird. Ein weiterer Antrag wiederholt das Verlangen auf Erlass eines Ortsstatuts, durch welches für die männlichen Arbeiter bis 18 Jahren obligatorischer Fortbildungsschulunterricht eingeführt wird. Der letzte Antrag endlich lautet: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, mit ihr in gemischter Deputation in Beratung zu treten: 1. darüber, welche Einrichtungen zu treffen sind, um die Beseitigung der fliegenden Rassen und eine Herabsetzung der Maximal-Schülerzahl für die einzelnen Klassen der Gemeindeschulen zu ermöglichen, 2. über Einführung des achtklassigen Gemeindeschulsystems und 3. darüber, ob zu Gunsten einer geistlichen Ausbildung der geistig zurückgebliebenen Schulkinder Hilfs- oder Sonderklassen oder andere Einrichtungen zu treffen sind.“

Als Inspektorin für den weiblichen Handarbeits-Unterricht an den städtischen Gemeindeschulen hat das Magistratskollegium das bisher an der 112. Gemeindeschule thätig gewesene Fräulein gewählt. — Zum Oberlehrer der 12. Realschule hat das Magistratskollegium den bisher an der Viktoriafschule thätig gewesenen Dr. Palm gewählt.

Lokales.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den zweiten Reichstags-Wahlkreis unternimmt am Sonntag einen Familien-Ausflug nach dem in Schmaragdort, Anhalterstraße 20, belegenen Restaurant Sanssouci. Zahlreiche Beteiligung ist erwünscht.

Zur Lokalkiste. Wir machen die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß die Vorträge „Viedersreund“, „Einig“ und „Orpheus“ am Sonntag in der Philharmonie ein Konzert veranstalten, zu welchem namentlich in Buchdruckerkreisen Karten vertrieben werden. Die Philharmonie ist bekanntlich für Vereinsfeiern nicht frei. Die Lokalkommission.

Nein, so ein Terrorist! Wir lesen folgende Neuigkeit: Ein Verein der Affordmänner ist gegenwärtig wieder in der Bildung begriffen, nachdem ein solcher bereits früher einmal von dem Manier Lehmann, dem sogenannten „Hieder-Lehmann“, ins Leben gerufen worden war, welcher aber nicht zu bestehen vermochte. Eine Anzahl staats- und unternehmerischer Gesellen haben sich dieserhalb an die Baugewerksmeister und Bauinteressenten gewandt und dieselben um Stellungnahme zu dieser Vereinsbildung ersucht. Als Grund zu derselben geben die Gesellen an, daß der sozialdemokratische Terrorismus, wie er gegenwärtig auf den Bauten herrsche, nicht mehr zu ertragen sei. Meister und Polier hätten auf den Bauten nichts mehr zu sagen, ein Polier dürfe nicht wagen, einen der Terroristen zu entlassen, da sonst die anderen die Arbeit niederlegen würden und der Bau in seiner Entwicklung gestört wäre. Wer nicht wöchentlich mindestens 50 Pf. zum Sireisfonds beizuhalt, könne es bei der Arbeit nicht aushalten, und in den

Versammlungen würden die Affordmänner mit den schwersten Schimpfwörtern belegt. Der Verein will auf so viel Bauten wie möglich die Arbeit in Afford übernehmen, die Bauten fertigstellen und nur gute Arbeit liefern. Die Baugewerks-Jungung steht einer solchen Vereinsbildung natürlich sympathisch gegenüber.

Es wäre wahrlich aller Ehren werth, wenn auf den Berliner Bauten eine so vortreffliche Disziplin herrschte, daß sie zu Vorbildern wie den hier abenterselten als Grundlage dienen könnte. Vorläufig mag die Sache vielleicht so liegen, daß angesichts des heranrückenden Winters ein paar vorzügliche Leute sich beim Unternehmer gern lieb kind machen möchten. Möglich auch, daß die ganze Geschichte nichts anderes ist als das fromme Traumbild eines verärgerten Bauhauens, der dank der Energie „seiner“ Arbeiter verhindert war, seiner Absicht gemäß mit dem letzten Wochenlohn auszurücken.

Die Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen hat der städtischen Verkehrsdeputation davon Mitteilung gemacht, daß sie, nachdem die vorbereitenden Arbeiten für die Fortsetzung des Spreetunnels im verflochtenen Monat beendet worden und sich hierbei die vollständige Brauchbarkeit des im vergangenen Winter von Grundwasser ausgefüllten Bruchschilbes ergeben hat, den angebrachten Vortrieb des Tunnels wieder begonnen hätte. Außerdem hätte sie seit kurzem nach freihändigem Erwerb der für die Tunnelanlagen im Stralauer Gemeindebezirk erforderlichen Grundstücke die Tunnelbauarbeiten auch auf dem Stralauer Ufer in Angriff genommen. Die Fertigstellung des Spreetunnels solle nunmehr ohne Unterbrechung erfolgen.

Das Polizei-Präsidium hat der Neuen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft die Genehmigung zum zweigleisigen Ausbau der Strecke in der Prenzlauer Allee zwischen Prenzlauer Thor und Danzigerstraße erteilt.

Wie man wohlthut. Die Werkzeug-Maschinenfabrik von A. Laska in Berlin hat im vorigen Jahre bei einem Umsatz von 1.869.248 Mark 374.860 M. Rohgewinn erzielt und 12 1/2 pCt. Dividende (gegen 8 pCt. im Jahre 1895) an ihre Aktionäre vertheilt. Bei solchen Segen erinnert man sich auch der Arbeitslosen und lehte für diese 10.000 M. dergestalt aus, daß die Summe beileibe nicht vertheilt, sondern als Stiftung mit 4 pCt. verzinst werden sollte. Von den baaren 400 M. Zinsen, die jedes Jahr aus der Stiftung herauskommen, sollen Arbeiter und Beamte im Bedarfsfalle unterstützt werden, aber auch nur dann, wenn sie sage und schreibe fünfzehn bis zwanzig Jahre bei der Gesellschaft thätig gewesen sind! Ob es die Direktoren und Aktionäre gelüftet, die grimmigen Worte des Spottes zu hören, mit denen man derartigen Wohlthätigkeitsstipendien in der Arbeiterschaft begegnet?

Das Hygienische Museum in der Klosterstraße wird vom 20. d. M. bis Ende 1. M. für Besucher geschlossen. Von den ausgestellten Gegenständen sind manche Theile abgebrochen, manche Gegenstände sind auch gestohlen. Alles dies soll ersetzt werden und erfordert etwa fünf Wochen Zeit.

Ueber dem Vorkant-Theater scheint ein eigenartiges Verhängnis zu walten, als ob sich kein Pächter seines ungetrübten Besitzes erfreuen sollte. Gestern wurde die Uebergabe des Hauses an dessen neuen Pächter, Herrn Kapellmeister Federmann, gegen Zahlung der ersten Quartalsmiete erfolgen. Die Herren Bruchhoff und Sternheim mögen als Besitzer des Theaters schon im Geiste die beträchtliche Miethsquote in ihrem severesten Antheil sicher geborgen gesehen haben, als sich kurz vor der Auszahlung des Betrages die Wahrheit des Sprichwortes „Zwischen Lipp und Kellcherrand“ u. s. w. durch eine in letzter Stunde gemachte Intervention des früheren Pächters, Herrn Maurice, wieder einmal bewährte, indem dieser noch prächtliche Ansprüche auf das Theater geltend machen ließ. Infolge dessen erklärte Herr Federmann, die Auszahlung der Miethsquote so lange zurückhalten zu müssen, bis eine Einigung zwischen seinem Vorgänger und den Herren Bruchhoff und Sternheim erzielt sei. Als Pächter hierauf die Uebergabe des Theaters an Herrn Federmann verweigerten, ließ dieser durch seinen Geschäftsführer Herrn Buchholz seinen anwesenden Künstlerpersonal die zur Auszahlung bereit gehaltene Miethsbedeckung in Gestalt eines bankfähigen Wechsel resp. Cheks zeigen, um von vornherein dem etwaigen Ausstand von schädigenden Gerüchten zu begegnen.

Der Schriftsteller Paul Wimmerreich, gegen den bekanntlich ein Steckbrief erlassen war, hat sich nunmehr der Verhörde selbst gestellt und ist gestern Mittag in das Untersuchungsgefängnis übergeführt worden. Die wiederholten Anträge des Rechtsanwalts Dr. Löwenstein, Herrn Wimmerreich freies Geleit zu gewähren, sind abgelehnt worden, und so hat sich W. dann entschlossen, sich selbst der Staatsanwaltschaft zur Verfügung zu stellen. Er wird des Betrages, der Untersuchung und Urkundenfälschung beschuldigt, befreit diese Beschuldigung und behauptet, daß alles, was er gethan, nicht zu Gunsten seiner eigenen Tasche, sondern des Theaters „Alt-Berlin“ geschehen sei.

Ein neues Opfer des Vahubetriebes. Selbstliche Ermittlungen finden seit Donnerstag im Anschluß an einen Leichenfund statt, der morgens um 1/4 Uhr am Güterbahnhof des Central-Viehhofes unter der Verbindungsbahn gemacht wurde. In dem Todten ist der 66jährige Hiltstrankenwärter Julius Lehmann aus der Hummelburgerstraße zu Friedrichshagen erkannt worden. Man hält die Annahme für zulässig, daß er von einem Eisenbahnzug gefaßt und bei Seite geschleudert wurde, sich dann bis unter die Brücke geschleppt hat und dort zusammengebrochen ist. Arbeiter fanden ihn dort neben einem Kalfaffen in stehender Stellung. Verletzungen waren äußerlich nicht wahrnehmbar. Die Leiche ist von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

Das der Eisenbahnbetrieb Menschenleben kostet, mag vielleicht bis zu einem gewissen Grade unvermeidlich sein, wenn auch bestimmt durch eine weniger sparsame Wirtschaft die Zahl der Opfer beträchtlich verringert werden könnte. Als frivol und widersinnig muß es aber bezeichnet werden, wenn man, wie es neuerdings geschieht, die zahlreichen Krämpfe und Todten des Eisenbahnbetriebes als Produkte eigener Unachtsamkeit hinstellt, die nur zu Grunde gegangen seien, weil sie die Instruktionen und Reglemente nicht genügend beachtet hätten. Es ist schon traurig genug, daß die Eisenbahnarbeiter ihr lebensgefährliches Tagewerk für einen erbärmlichen Lohn verrichten und daß sie auf eines der wertvollsten staatsbürgerlichen Rechte Verzicht leisten müssen, aber beschimpfen sollte man die Unglücklichen doch nicht.

Antilich Nahrungsmittel-Untersuchungen. Im Monat August sind in Berlin 183 Proben von Nahrungsmitteln und Genussmitteln chemisch untersucht und 31 davon beanstandet worden. Die Beanstandungen betrafen Milch, Butter, frische Eier, Zitronensäure, Pflanzensäfte, Chokolade, grünen Thee, Medizinal-Ingwerwein, Nordhäuser Kornbranntwein, denaturirten Branntwein, Buttermilch, Knochensuppe, Kartoffeln und Kakaosäfte. Bemerkenswerth waren relativ sehr unzulässige denaturirte Branntweine, die in fünf Fällen den gesetzlichen Anforderungen nicht entsprachen. Eine Probe Tafel-Chokolade erwies sich fast nur als ein Gemisch von etwas parfümirtem Zucker zu ungefähr 75 pCt., einem Zusatz von Kakaobutter von mehr als 20 pCt., so daß nur ein geringer Bruchtheil normal fetthaltigen Kakaos vorhanden sein konnte. Die Milchkontrolle erstreckte sich auf 891 Geschäfte und führte in 55 Fällen zu Beanstandungen, die Butterkontrolle auf 247 Geschäfte und führte in 16 Fällen zu Beanstandungen.

Als kleiner Rothschild spielte sich ein Pferdebauschaffner auf dem Alexanderplatz auf. Ein Fahrgast gab dem Manne in Ermangelung anderer Kleingeldes neben einem Fäupspinnstück fünf einzelne Pfennige als Fahrgeld. Der Beamte betrachtete die Geldsumme, gab dem Passagier auch ordnungsgemäß das Billet und warf dann die fünf Kupfermünzen mit einer Handbewegung, die

gerade nicht auf Hochachtung deutet, auf die Erde. Dies wunderliche Benehmen rief selbstverständlich unter allen Gästen des in betracht kommenden Wagens umso mehr Verwundern hervor, als die Pferdebauschaffner sonst gerade nicht in dem Ruf stehen, daß sie zu Ausschreitungen gegen das Publikum geneigt sind.

Bei dem Versuche, einen Feuerwehler unbefugterweise in Thätigkeit zu setzen, wurden gestern an der Prenzlauer- und Eitenstraßen-Ecke zwei Personen von einem Schuttmann abgefaßt. Es waren dies die obdachlosen, wegen Eigenthumvergehens schon vorbestraften „Arbeiter“ Wendt und Fischer.

Die Letzterin des Lette-Paares, Frau Anna Schepeler-Sette, ist gestern Vormittag im 67. Lebensjahre gestorben.

Eine 71jährige Greisin, die Wittve K. aus der Großen Hamburgerstr. 26, sprang gestern von der Charlottenburger Brücke ins Wasser. Sie wurde gerettet und in ein Krankenhaus gebracht. Die Ursache zum Selbstmordversuch kennt man nicht.

Der Mörder Wilhelm Seeger, ein 21 Jahre alter Tischler-Geselle, der vor längerer Zeit aus Eifer sucht seine Braut in deren in der Rüdigerdorsstraße belegenen Wohnung durch einen Revolver-Schuß in den Rücken tödtet niederstreckte und sich dann selbst eine Kugel in den Mund jagte, wurde nach seiner Heilung vom Krankenhaus am Friedrichshain nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht. Dort sind Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit entstanden, und ist er jetzt zur Beobachtung einer Anstalt überwiesen. Seeger weiß noch nicht, ob seine Braut lebt oder nicht.

Nächstig ist nach Unterschlagung der Summe von 3000 M. der 26 Jahre alte Handlungsdiener Karl Mai, der aus Zwickau stammt und bei einer Steiner Firma beschäftigt wurde. Wahrscheinlich wird er auf seiner Fahrt von einer Frauensperson begleitet und hat sich zunächst nach Berlin gewandt.

Einen entsetzlichen Selbstmordversuch machte am Freitag Vormittag der 48 Jahre alte Belgier Heinrich Steinfert aus der Griebenerstr. 16. Steinfert war angeblich aus einer wunderlichen Ursache schwermüthig geworden. Seit elf Jahren gehörte er der Belgiererei von F. an, und der Inhaber hatte dem Mann vor etwa zwei Monaten die Meisterstelle angetragen. Steinfert, ein etwas nervöser Mann, rebete sich ein, daß er die ihm angebotene Stellung nicht würde ausfüllen können, und verfiel in Schwermuth. In einem solchen Zustand hat er sich die Pulsadern und den Leib aufgeschnitten. Er hatte den Besuch seines Bruders erhalten, der gestern Morgen abreisen wollte. Rann hatte er sich (der Bruder) erhoben und das gemeinschaftliche Schlafzimmer verlassen, um sich zu waschen, als der Kranke hinter ihm das Bett verließ und die Thür von innen verriegelte. Da er nicht öffnete, holte man einen Schloffer und fand den unglücklichen Mann auf dem Fußboden in seinem Wute liegen. Er hatte sich mit einem Taschenmesser die Pulsadern geöffnet und mehrere Schlitze in die Gegend der Magenbrühen beigebracht. Ein Arzt ordnete die Ueberführung nach dem Krankenhaus an.

Von Herrn Franz Fleischmann, dem Wirth im Hause Weidingerstr. 2, erhalten wir zu dem vorgestern durch eine Verichtigung wieder angeregten Fall Ulrich die folgende Zuschrift: Ulrich hatte sich längere Zeit auf der Straße aufgehalten, als ich durch einen Kärm, der entfiel, aufmerksam wurde und sah, wie der Mann von der Frau F. aus dem Hause gebracht wurde. Da Ulrich in die Tasse griff und der Frau zu Seibe ging, leistete ich der Angegriffenen Hilfe und verfestete dem Ulrich einige Drobe. Dann lief er fort und zwar unter mächtigen Schimpfen; unter anderem rebete er davon, daß er die Frau über den Haufen stechen werde. Er lehrte wieder zurück und kam mir mit einem blanken Gegenstand zu nahe, sodas ich mich veranlaßt fand, ihn mit einem Peitschenstock über den Kopf zu hauen. Was weiter geschehen, weiß ich nicht, denn ich mußte an meine Arbeit gehen. Franz Fleischmann.

Durch einen Radfahrer, der sich seiner Feststellung durch die Flucht entzog, wurde der pensionirte Steuerassessor Ernst Schmidt in der Blücherstraße überfahren und am Kopfe nicht unerheblich verletzt. Die Schuld an dem Unfall trifft den Radfahrer, da er es unterlassen hat, das Blodenzichen zu geben. Ferner wurde auf dem Rempeplaz die Kaufmannswitwe Albertine Peters von dem Kaufmann Emil Widner angefahren und glücklicherweise nur unerschwerlich am linken Fuß verletzt. Auch in diesem Fall trifft die Schuld den Radfahrer, da er übermäßig schnell über den verkehrsreichen Plaz fuhr. Bei einem dritten Unfall, wo ein Posthilfsbote die Wittve Antonie Weber in der Viktoriastraße überfuhr und diese eine bedeutende Kopfwunde davontrug, ist ein Verschulden des Radfahrers noch nicht festgestellt worden.

Straßensperrung. Der Kreuzdamm der Audreaststraße und des Grünen Weges wird behufs Kapplasterung vom 17. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Im Heen-Palast werden nunmehr wieder die Künste der Varietés-Bühne geübt, nachdem die weltthörliche Hofe, die dieses Lokal im Kampfe zwischen Böhse und Agrarierthum spielte, ein so jähes Ende gefunden hat. Was jetzt in den ausgedehnten Räumen an der Burgstraße geboten wird, ist, wenn auch politisch weniger interessant, wie die Sprünge an der Wintelbörse, so doch zum mindesten ebenso mannigfaltig. In grotesken Künsten thun sich die Gebrüder Gilmann sowie die Taylors etwas zu gute, wogegen das Gebiet des Liebermannsenthums von Fraulein Darnart, der härtesten Dame der Welt, mit einer Fische gepflegt wird, die unwillkürlich ein Bedauern darüber wahrnimmt, daß diese Kraft nicht schon im vorigen Frühjahr den angegriffenen Börsenaren zur Verfügung gestanden hat. In Pyramidenkünsten leistet Herr West vorzügliches, wogegen die Geschwister Westphal sich als Luftakrobaten bewähren. Weniger glücklich war die Wahl einer Kostümboudrette, die sich Margot Otera nennt; die Dame läßt sowohl was Manieren als was Stimme betrifft, so ziemlich alles zu wünschen übrig. Als Thierabrichter giebt Herr Lantl manches hübsche Stücklein zum besten.

Theater. Mutter Erde, das neueste fünftägige Drama von Max Halbe, das deut zum ersten Male im Deutschen Theater zur Aufführung gelangt, weist folgende Personenbelegung auf: Paul Warkentin, Demasgeber einer Frauengemeinschaft — Rudolf Ritter; Paula Warkentin-Bernhard, seine Frau — Adwine Wiede; Dr. von Glydinski — Paul Wierfeldt; Hellobert von Lastowski, Gutsbesitzer auf Klonowen — Hermann Müller; Antoinette, seine Frau — Elise Lehmann; Tante Marzen — Julie von Köhly; von Lindemann, Gutsbesitzer — Ferdinand Gregori; Frau v. Lindemann — Ottilie Schneider; Knabe von — Hans Fischer; Schnaps, Gutsbesitzer — Bruno Köpfer; Frau Schnaps — Agnes Müller; Knabe von — Student — Guido Thielcher; Dr. Bodenstein, Arzt — Max Kleinhardt; Hofrathsdirektor Merens — Hans Hoffmann; Hofweib, Rentier — Emil Ludwig; Frau Berowski — Margarethe Pir; Kunze, Organist — Adolf Ruch; Konrad Schroz — Siegmund Wittenberg; Hofrathsdirektor Sindel — Richard Ballentin; Vene, Studienrath — Jenny Böhm. — Das Schiller-Theater bringt heute eine Wiederholung von Goethes „Die Geschwister“ und „Clavigo“. — Im Luisen-Theater wird am heile der erstauften Frau Bakta Hel. Olga Reimann vom k. k. priv. Carl-Theater in Wien das „Gärtchen“ in der Sonntag-Nachmittag- und Montag-Abend-Vorstellung von „Gauton“ bieten. Als „Gergo Alva“ gastirt in beiden Vorstellungen Herr Wilhelm Bluff vom Carl-Schiller-Theater in Hamburg. Sonntag Abend geht das erfolgreiche Volkstheater „Geschwister Hiedel“ in Szene.

Aus den Nachbarorten.

Den Parteigenossen von Charlottenburg zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 22. September, abends 8 Uhr, im Lokal Wismarstraße 39, Bismarckstraße 39, eine Volksversammlung stattfindet. Es wird gebeten, für diesen Tag keine anderen Versammlungen auszuberaumen. Der Vertrauensmann.

In Rummelsburg wird morgen, Sonntag, Mittag 12 Uhr, im Lokale des Herrn Weigel, Lärnschmidstraße 45, eine sozialdemokratische Parteiversammlung des Kreises Nieder-







Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonnabend, den 18. September.  
Opernhaus, Rignon. — Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus, Maria Stuart. Anfang 7 Uhr.  
Deutsches, Mutter Erde. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner, Lante Jette. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Goethe (früher Theater des Wunders). Ein Sommernachtsstraum. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Leitung, Unjamewe.  
Thalia, Der Mann im Monde. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmsstädtisches, Der Belshazzler. Anfang 8 Uhr.  
Kosmos, Nothhülphen. Der Kattensänger von Sameln.  
Luisen, Weichholzer Fiedel. Anfang 8 Uhr.  
Neues, Abrechnung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Reichens, Die Eiderdusche. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Ostend, Jugendbrunnen. Anfang 8 Uhr.  
Central, Berliner Fähten. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schiller, Die Geschwister. Hierauf: Clavigo. Anfang 8 Uhr.  
Unter den Linden, Verhölle, die Straßenfängerin. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Alexandersplatz, Das Liebesdrama einer Sängerin. Anfang 8 Uhr.  
Volk-Alliance, Spezialitäten. Anf. 8 Uhr.  
Reichshallen, Verhöf mit seinem Kleinstspielzeug. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Apollo, Spezialitäten. Anf. 1/2 Uhr.  
Passage, Panoptikum. Jüdisches Dorf.

**Schiller-Theater**  
(Wallner-Theater).  
Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Geschwister. Hierauf: Clavigo.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Romeo und Julia. Abends 8 Uhr: Die Kinder der Ereclenz.  
Montag, abends 8 Uhr: Die Kreuzschreiber.

**Luisen-Theater**  
31. Reichenbergerstrasse 31.  
Novität! Abends 8 Uhr: Novität! **Geschwister Fiedel.**

Sonntag Nachmittags 3 Uhr:  
**3. Volks-Vorstellung**  
unter Regie von Julius Türk zu halben Kassenpreisen.  
**Camont.**  
Von J. W. von Goethe.  
Cligo Reimann vom R. R. priv. Carl-Theater in Wien.  
Wilhelm Ruff vom Carl Schulte-Theater in Hamburg.  
Fritz Kiebalch vom Theater in Kiel als Gäste.  
Montag, den 20. September, abends 7 1/2 Uhr: 4. Volksvorstellung: Camont. Billets in den bekannten Geschäften.

**Ostend-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132 Dir. G. Wolf.  
Novität! Zum 2. Male: Novität!  
**Jugendbrunnen**  
oder: New-Kummelsburg.  
Buntes und charakteristisches Zeitgemälde mit Gesang und Tanz in 4 Akten von G. Licht und D. Berg. Musik von G. H. Steffens. Anfang 8 Uhr.  
Im Tunnel von 7 Uhr an: Großes Frei-Konzert.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, keine Preise: Berlin, wie es weint und lacht. — Abends 7 1/2 Uhr: Jugendbrunnen.

**Central-Theater**  
Alte Jakobstr. 30.  
Direktion Richard Schultz.  
Sonnabend, den 18. September 1897:  
Emil Thomas a. G.  
Zum 15. Male:  
**Berliner Fahrten.**  
Buntes und charakteristisches Zeitgemälde mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Rannab. Musik von Jul. Einddorfer. Anfang 1/2 Uhr.  
Morgen und die folgenden Tage: Berliner Fahrten.

**Viktoria-Brauerei**  
Lützow-Strasse 11/112  
nahe Potsdamer Platz.  
Neue Woche  
der täglichen Soireen.  
Heute:  
**Stettiner Sänger**  
(Wieser, Pietro, Britton, Ziehl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)  
Großartiges Programm.  
Unter anderem:  
**Goldene Hochzeit.**  
**Strampelbuder.**  
Ensemble von Knefel.  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Vorverkauf 40 Pf. (Siehe Plakate.)

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Berlin).

Am Sonnabend, den 2. Oktober, im Lokal des Herrn Keller, Koppenstrasse No. 29:

# 5. Stiftungs-Fest.

## Gr. Instrumental-Konzert

### und Gesangs-Aufführungen.

Billets à 25 Pf. sind auf allen Zahlstellen des Verbandes zu haben.

## Grosser Ball.

Herrn, die daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

— Programm am Eingang des Saales. —

# Freie Volksbühne.

Sonntag, 19. September, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung der II. Abtheilung:

## Novität! „Illusionen“ Novität!

Ein Hamburgisches Drama von Carl Mönckeberg.  
Die Hauptrollen sind besetzt von Herrn Wendt und Fr. Milly Krause vom Kgl. Schauspielhaus zu Berlin als Gast. — Beginn der Verlosung um 2 Uhr. — Die Mitglieder der II. Abtheilung werden ersucht, sofort ihre Beiträge zu bezahlen, da der Schluss der II. Abtheilung bevorsteht.

**Avis!** Da der Vorstand nunmehr auch mit der Direktion des **Lessing-Theaters** für diesen Spielplan vertragsmässig abgeschlossen hat, die Vorstellungen also abwechselnd wie früher im **Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater** und im **Lessing-Theater** stattfinden, den Wünschen zahlreicher alter Mitglieder und Freunde der Volksbühne dadurch Rechnung getragen wurde, da auch nach Verständigung mit dem Direktor Herrn Dr. Oskar Blumenthal auf der Bühne des **Lessing-Theaters** ein der Volksbühne würdiges Repertoire geboten werden wird, ersuchen wir alle diejenigen, die Mitglieder zu werden beabsichtigen, sich schleunigst auf einer Zahlstelle anzumelden, falls sie auf die ersten Abtheilungen reflektiren. Das Eintrittsgeld kostet 60 Pf., der Beitrag pro Monat 60 Pf.

231/19 Der Vorstand. I. A.: Gustav Winkler.

# Grosser Preis von Berlin

10,000 Mk.

Sonntag, 19. September,

## Entscheidungslauf

auf der Bahn des Vereins für Velociped-Wettfahren in Halensee.  
Anfang 3 Uhr präzise.

**Apollo-Theater.**  
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.  
**Prinzessin Pocahuntas**  
(Die indische Nachtigall).  
Brothers Serra. The Barnells.  
**Der Affe**  
als Luftgymnastiker  
Griffin u. Dabois. Mr. Chroliani.  
**Die 9 Heinzelmännchen**  
Joseph Phoites  
**Pantomimen-Troupe**  
Kassendirektion 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

**Theater der Reichshallen.**  
Leipzigerstr. 77.  
Sensationell!! Neu!!  
**Aripotis**  
mit seinem Riesenspielzeug.  
**Ein Drama am Meer.**  
Das Grossartigste der Dressur.  
28 Kapazitäten 1. Ranges.  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

**Volks-Theater**  
im Welt-Restaurant  
97. Dresdener-Strasse 97.  
Täglich:  
**Gr. Elite-Vorstellung.**  
Anfang: Sonntags 6 Uhr, Wochentags 7 1/2 Uhr. — Entree: Sonntags 30 Pf., Wochentags 20 Pf.

**Urania**  
Taubenstrasse 48-49.  
Naturkundl. Ausstellung tägl. geöffnet von 10 Uhr vormittags ab, Eintritt 50 Pf. — Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

**Passage-Panopticum.**  
**Indisches Dorf**  
mit dem bedeutendsten Fussball-Künstler der Welt  
**Moung Toon.**  
Vorst. 12, 5, 7 und 9 Uhr.

**Castan's Panopticum.**  
Friedrichstr. 165.  
**Bärenweib**  
die grösste Schenswürdigkeit des ablaufenden Jahrhunderts ist wieder da!!!  
Neu! Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 2 Damen.

**American-Theater.**  
Dresdenerstr. 55.  
**Eröffnungs-Vorstellung.**  
Neu! Neu! Neu!  
**Der Traum von Samsun.**  
Barob. Traumbild in 1 Akt v. R. Grabe.  
Novität! Berlin Novität!  
wie's näht und treant.  
Kollidistik u. Gesang in 2 Akten v. R. G. G. Auftreten des urkomischen Wendig.  
Instrumentalkomiker Hugo Schulz.  
Konzertausübende Wally Zwoflau.  
Gelangsduet. Geschw. Redentisch u. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

**Alcazar**  
Variété-Theater I. Ranges.  
Dresdenerstrasse 52/53 (City-Passage).  
Königsstrasse 42/43.  
Direktion Richard Winkler.  
Borneuharter Familien-Kusenthalt.  
Novität! Novität!  
**Die Rosen aus dem Süden.**  
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 1 Akt von G. Gerike.  
Neu! Sorher: Neu!  
**Wir werden Nonnen!**  
Schwank in 1 Akt von Ernst Roser.  
Kastr. eines durchweg neuen glänzenden Spezialitäten-Perfomans.  
Anfang: Wochentags 8 Uhr.  
Entree 30 Pf.  
Günstlinge haben an den Wochentagen zu allen Plätzen Vorrang.

**Feen-Palast**  
22 Burgstr. 22.  
Größt. Vergnügungsdokal Berlins.  
Direktion:  
R. Winkler und W. Fröbel.  
Heimlich ganz Berlin  
richtet über das sensationelle **Riesen-Programm.**  
20 Nummern. 30 Künstler.  
Schen! Stannen!  
**Die bildschöne Clotilde Barnett,** einzig dastehende singende Athletin.  
Lanti dorenden Pudel u. v. a.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.  
Entree 30 Pf. bis 1 R. 50 Pf.

**Concerthaus**  
Leipzigerstr. No. 48.  
Täglich:  
**Hoffmann's Quartett**  
und  
**Humoristen.**  
Heute Anfang 8 Uhr.  
I. Rang u. Loge 1 R., Sperrst. 50 Pf.,  
Entree und II. Rang 30 Pf.

## Achtung! Maurer, Achtung!

Sonntag, 19. September, vormitt. 10 1/2 Uhr, im Feen-Palast, Burg- und Wolfgangstrassen-Ecke:  
Außerordentliche  
**Mitglieder-Versammlung**  
der Filiale II. Berlin Zentral-Verband deutscher Maurer.

Tages-Ordnung:  
1. Gewerkschaftskämpfe und Gewerkschaftserfolge. Referent Reichstags-Abgeordneter R. Fischer. 137/14  
2. Diskussion.  
3. Gewerkschaftliches.  
Alle Berliner Maurer sind hierzu eingeladen.

**Lithographen, Steindruck- und Verlagsgen. Berlins.**  
Sonntag, den 19. September 1897, mittags 12 Uhr, findet eine **Wohlthätigkeits-Matinée**  
in Keller's Festsälen, Koppenstrasse 29, statt. Reichhaltiges Programm. Billets à 30 Pf. sind bei den Vertrauensleuten und auf dem Vereinsbureau, Neue Friedrichstr. 86, 1 R. zu haben.  
Um zahlreichen Zutpruch ersucht  
Die Unterstützungskommission.

**Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin.  
Montag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, in Fenerstein's oberem Saal, Alte Jakobstrasse 75:  
**Mitglieder-Versammlung**

Tages-Ordnung:  
1. Verbandangelegenheiten. 2. Die bevorstehende Herbstversammlung. 3. Unsere Stellung zum graphischen Kartell. 4. Verschiedenes. Da die Tagesordnung eine äußerst wichtige ist, erwarten wir das pünktliche und vollzählige Erscheinen sämtlicher Mitglieder.  
Die Ordnerverwaltung.  
Sonnabend, den 25. September, bleiben sämtliche Zahlstellen geschlossen.  
Die neuerichteten Zahlstellen befinden sich in Nixdorf im Restaurant Ralinas 81/82 am Hermannplatz 40, und in Charlottenburg im Restaurant Leder, Blomstrasse 74. Gedruckt sind dieselben Sonnabend von 8-10 Uhr abends.

**Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstrasse 4a.**  
Sonnabend, den 25. September:  
**Große humoristische Soiree**  
der beliebten  
**Hamburger Sänger**  
Herrn Steidl, Böhmer, Wolff, Ehrhardt, Werner, Frey, Range und Bachhofer.  
Anfang präzise 8 1/2 Uhr. Billet 30 Pfennig.  
Nach der Soiree: **Großer Ball.**  
Billets sind heute Abend in sämtlichen Zahlstellen, am Montag in obiger Versammlung und im Bureau, Annenstr. 50 bis zum 25. d. M. zu haben. (28/4)

**Verband der Möbelpolirer.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege G. Gneist am 16. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet morgen Nachmittags 4 Uhr vom Krankeuhause am Friedrichshain aus nach Wilmersberg statt.  
Montag, den 20., abends 8 1/2 Uhr, Andreasstr. 26:  
**Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Grundmann über Fragen und Angelegenheiten, deren Entstehung, Verhütung und Heilung, demonstriert an lebensgroßen Tischläufern. 2. Verschiedenes.  
Da mehrere Adressen nicht erledigt werden konnten, machen wir die Kollegen auf unseren unentgeltlichen Arbeitsnachweis aufmerksam. Ausgabe der Adressen: 9-10 u. 4-5 Uhr bei den Herren Geide, Schweinhardt, 20, Mohr, Oranienstr. 197, Scheere, Blumenstr. 38.  
Am 25. September in Keller's Festsälen, Koppenstrasse Nr. 29.  
**Stiftungsfest.**  
Auftreten der Norddeutschen Sänger. Festrede, gehalten vom Kollegen G. Weiser. Unter Mitwirkung des Gesangsvereins der Möbelpolirer. Während der Vorstellung im kleinen Saale, nach derselben in beiden Sälen Tanz. Billet Damen 30 Pf., Herren 50 Pf. Anfang 8 Uhr. Um zahlreichen Erscheinen bittet  
Der Vorstand.

**Ung. Kranken- u. Sterbefälle**  
der  
**Metallarbeiter**  
(G. S. 29) Filiale Berlin I.  
Sonntag, 19. Septbr.,  
vormittags 10 Uhr,  
im Saale des Herrn Zubeil,  
Lindenstr. 106:  
**Versammlung.**

Tagesordnung:  
Kassenbericht und Verschiedenes.  
Die Ordnerverwaltung.  
119/11

**W. Noack's Theater**  
Brunnen-Strasse 16.  
Täglich:  
**Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Die Einladungskarte.**  
Schwank in 1 Aufzuge von Ruyebur.  
**Die kleine Schlange.**  
Poffe in einem Akt von Jacobson.  
**Berliner in Italien.**  
Original-Parodie: Poffe mit Gesang von G. Lindner.  
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag u. Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

**Maehr's Variété-Theater**  
Oranienstr. 24.  
Täglich: **Theatervorstellung.**  
Auftreten der Spezialitätenkünstler I. Ranges.  
Neu! Neu!  
**Die Möbelpolonaise**  
hinz  
Neue Fertige.  
Gesam. 30 R. 1 R., Fern. Quettischen.  
Alles Nähere die Tageszettel.

**Einen Haupttreffer**  
von unschätzbarem Werth hat das  
**I. Original-Budapester Possen- u. Operetten-Theater**  
(Direktion Gebr. Herrnsfeld)  
in Kaufmann's Variété  
mit den unanschaulichen, geradezu zwerchfollerschütternden Novitäten  
**Ein Abend im Wintergarten**  
und im Atelier gemacht.  
Humoristen-Wettstreit von **Theodor Lippardt, Dr. Guido Steinitz, Original-Raponet.**  
Vorverkaufsbillets sind von 11 bis 5 Uhr ohne Aufgeld im Theaterbureau zu haben. Vorzugskarten gelten.  
Anfang des Konzerts 7 Uhr.  
Vorstellung 1/2 Uhr.

Empfehle mein  
**Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal,**  
**Saal für Versammlungen,**  
Vereinsszimmer,  
Zahlstelle des Metallarbeiter u. Tischler-Verbandes, d. Volkshöhe und der Zentral-Krankenkasse der Tischler.  
Sonntag, d. 19. d. M., von nachmittags 4 Uhr an:  
**Grosses Gartenkonzert.**  
Sonderauslegung u. andere Belustigungen, à Berlin 10 Pf. Kassefläche geöffnet.  
Fr. Zubell, Lindenstr. 106.  
**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.**  
Sonntag, den 19.: Tour nach Gremmen. Abfahrt früh 8 Uhr und Nachm. 1 Uhr vom Wedding, Dankes-tirge. Gäste willkommen. 207/8

**Pferdebucht, Köpenick, } Sonntag, den 19. September: } Großes Wursteissen, W. Magdeburg. 3122L**



### F. Nahrstedt

40/41 Wrangelstr. 40/41.

**Kleiderstoffe**, reichhaltige Auswahl in den neuesten Mustern.  
Ganz besonders mache ich auf den Artikel **Mühlhauser Warp** aufmerksam.

Gardinen, Tisch- u. Steppdecken, Teppiche, Portièren.  
Fertige Betten sowie Bettfedern in allen Preislagen.  
Ganze Wäsche-Anstaltungen in sauberster Ausführung.  
Wollene Westen und Tricotagen.  
Arbeitsanzüge für Mechaniker, Bildhauer, Maler, sowie für jeden Beruf pass.; auch nach Maß ohne Preisanschlag.  
Regenschirme und Herren-Cravatten.



### H. Parteigenossen!

nur mit **Kontrollmarke**

Schirme, Stöcke, Kravatten

Otto Gerholdt, Drebbenerstr. 2, Ecke Salfeldstraße.

Streng reelle Bedienung.

### M. Schulmeister

Schneidermeister,  
Dresdenerstrasse 4, Kottbuser Thor,  
empfiehlt zu außerordentlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel:

Hohenpollern-Mäntel	mit einer 5 Mrk. weiten Pelzlinie in schwarz, grau, blau u. modelfarben	von Mrk. 25 an
Winter-Paletots	aus Göttinger, Flaconn's u. Trimmer-Stoffen, schwarz, blau, braun u. modelfarb., 1 u. 2reihig, mit Lama gefüttert, 1 u. 2reihig	16-40
Jaquet-Anzüge	in gedieg. wollenen Zwirn-Stoffen, 1- und 2reihig	16-24
Jaquet-Anzüge	in glatten Diagonal, Kammgarn, Satin- u. Cheviotstoffen, 1 u. 2reihig	20-35
Jaquet-Anzüge	modernster Farb, in Satin- u. engl. Cheviot-Stoffen, eleg. Ausführung	22-36
Kost-Anzüge	in guten, wollenen, schwarz, Kammgarn- u. Satinstoffen, modern. Façon	25-38
Kost-Anzüge	modernster Farb, elegante Schnitt- Façon	30-42
Gehrock-Anzüge	von feinen Satin, Tuch- u. Kammgarn-Stoffen, 2reihig	30-45
Sport- u. Radfahrer-Anzüge, Loden-Mäntel v. 9 M. an.		
Beinkleider	in dauerhaften, woll. Stoffen, verschiedenen Farben, Kammgarn und Cheviot, von Mrk. 5-10	
Einsegnungs-Anzüge	in guten Tuch, Satin, Diagonal- u. Kammgarn-Stoffen	12-24
Knaben-Paletots, Knaben-Anzüge, Schul-Anzüge	feinfache Façon in großer Auswahl, in Cheviot, Belour und dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1- und 2reihig, von 5 Mrk. an.	

Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.

Begründung des Geschäfts 1878.

Telephon Amt IV 447.

# Frosch-Konzert



## Halb & Halb

Mampe mit Pomeranzen.  
Feinste Likörmischung.  
In 3800 Berliner Geschäften zu haben.  
Champagnerflasche M. 1.25.



**Herren-Hüte 65 Pf.**  
Bessere Hüte enorm billig, verkauft aus der Fabrik im Komptoir 29562, nur Parnim-Straße 4/5, Sonntag geöffnet.

**Für 36 Mark**  
fertige feinen Winterpaletot u. Mantel für 36 Mrk. f. Anzug nach Maß, für 8-12 Mrk. feine Winterhosen nach Maß.  
Man überzeuge sich im Riesenschlosslager Krausenstr. 14, I, kein Laden.

**Jede Uhr**  
reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie 6. Untereinander nur 1 Mark 50 Pf. außer Brand, keine Reparaturen billiger. Groblos Pöcher neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Uhren u. Pendeluhren.  
Carl Lux, Uhrmacher, 35 Chaussee-Straße 35.

**Nonnenberg's Restaur.**  
Trepow, Parkstrasse.  
Jeden Sonntag: Frei-Konzert. Schöner Garten. Gr. Saal. Kaffeehäuser.  
Jeden Sonnabend Gäste-Kaspielen bei Voelz, Breslauerstr. 9. 5506

**Schulz' Festsäle**  
Neue Königsstr. 7, am Königsdamm.  
In den neu renovierten Sälen: Jeden Sonnabend und Sonntag: Großer Ball. Vereinszimmer. Saal für Besammlungen frei. Ed. Schulz, Wirt.

**Grünau.**  
G. Wagner's Restaurant früher Lietke.  
Großer Saal, Garten, Kaffeehäuser, Regeltbahn, Aufspannung.

**Trepow.**  
Restaurant Jägerheim Köpnicer Landstraße.  
Schattiger Garten, 4 Regeltbahnen, Kaffeehäuser emp. Felix Blachowsky.

**Hafertal's Restaurant,**  
Ober-Schöneweide,  
empfiehlt seinen Saal, Garten, Regeltbahn, Kaffeehäuser. Solide Preise. 5536

**Achtung!**  
Der Verein Langenbleien und Umgegend veranstaltet am Sonntag, den 18. d. M., beim Landmann R. Strell, Nannysstr. 86, einen Familienabend, wozu alle Verwandte einladet.  
Der Vorstand.

**Johannisbeerwein**  
10 Liter Weinglas 10 Pf.  
Eugen Neumann & Co., Obst- und Beerenweinkellerei.  
Damit ein geehrtes Publikum sich von der Güte und Vorzüglichkeit unserer Fruchtweine überzeugen kann, haben wir einen Ausschank errichtet und zwar Kommandantenstr. 67.

**Bahn-Artelier.**  
Kunst, Häute in tadelloser Ausführung u. 3 Mrk., Plomben v. 2 Mrk. an. Schwarzlos, Holzstehen mit Cocain, Glorich, Chloroform und Pechas unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Bestellung u. Anst. können Jahrgänge, Jahrezeiten umsonst; Material gespart, Woche 1 Mrk.  
Guckel, Langenweg 2, Wollferrstraße 12, Steglitzerstraße 71.

**Dr. Simmel Moritzplatz,**  
Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden: 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

**Stiefliche Zähne.**  
K. Stiefens, Rosenfelderstr. 61, 2 Tr. 1. Teilzahlung pr. Woche 1 Mrk.

**Reel und billig**  
kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hittschke, gegründet 1872, Stallstr. 13, Ecke Wollferrstraße, am Kottbuser Thor.

**Für 10 Mark**  
feinere Stoff zu einem ff. Herren-Winterpaletot, für 5 Mrk. feinerer Stoff zu einem kompletten Herrenanzug, für 8-10 feiner, für 12 Mrk. guten Kammgarnstoff oder Cheviot. Weite in Knabenanzügen sehr groß 2-3 Mrk.  
Man überzeuge sich im Riesenschlosslager Krausenstr. 14, I, kein Laden.

**Lanolinseife!**  
macht die Haut hart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife mit ein reines Handtuch liefert sich 1. 10 Pf. v. W. H. Handtuch-Vertrieb, Just. E. Wagner, Neue Königsstr. 17, Fernsprech-Nr. VII Nr. 2087.

**Möbel**  
unter Garantie guter Arbeit. Teilzahlung gestattet. 50832  
H. Brandt, Alte Jakobstr. 65.

**Hut-Engros-Lager.**  
Schirme, Stöcke, Mägen, Pelzwaren zu billigen Preisen; gewöhne meinen Kunden einen Rabatt von 5 Prozent vor Markt.  
Robert Telpelke, Hutmachergewerbetreibender, Admiralstr. 16.  
Darlehen ohne Bürgsch. gewährt d. Sparkasse f. d. Zahl. Cred. u. Hyp. Bankgeschäft Morallus, Dresden. Statut geg. 49 Pf.

**Herren-Hüte,**  
weiche von Mrk. 1.40, feste von Mrk. 1.75 an empfiehlt G. Klettmann's Fabrik-lager, nur Mariannenstr. 33 pt. (1. Bad.).  
Schattig, Fabrikgegenb. ist zu verkaufen. Offerten unter J. III. nimmt die Exped. entgegen. 5326

**Strickwolle-Ausverkauf.**  
Wolle in Repyur und Knotenwolle zu Fabrikpreisen. Polzmarktstr. 60, O. L. I. Tr.  
Gründliche Hofwahrungen billigt Ewinnenänderer, 51/52.

**Wohl. Zimm. sep. u. f. d. Schlafz.**  
Neue Grünstr. 29, IV. d. Eng. Bismarckstr. 20 b. Heidefeld, schlafz.

**Arbeitsmarkt.**  
Die Former und Aermmacher der Firma H. Borsig haben Montag, den 23. August wegen Unabkömmlichkeit die Arbeit eingestellt. Bezug nach betretender Firma ist streng fernzuhalten!  
E. W. Müller, Weichstr. 31, Vertrauensmann. (63/4)

**Achtung, Korbmacher!**  
Die Werkstätten von Hucius u. Co. (A. H. Starke), Wilhelmstr. 123, sowie Schmidt u. Co., Krautzstr. 6, sind geschlossen. Bezug ist streng fernzuhalten. 283/10  
Der Vorstand.

**Kürschner.**  
Tüchtige Kürschnergehilfen finden lohnende und dauernde Beschäftigung bei  
H. Wolf, Burgstr. 29.

**Tüchtige Pelznäherinnen**  
finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei  
H. Wolf, Burgstr. 29.

**Versilberer!**  
Tüchtige Versilberer finden bei hohen Verdiensten dauernde Beschäftigung bei  
H. Wolf, Burgstr. 29.

**Schlosser verlangt** 5806  
**Mathies, Wilhelmstr. 130.**  
Schlosser verlangt zur Erlernung der Schlosserbranche  
Mathies, Wilhelmstr. 130.

**Tapezierer verlangt** 5810  
Tapezierer verlangt zur Erlernung der Tapezierbranche  
Mathies, Wilhelmstr. 130.

**Bergolberinnen,**  
tüchtige, finden dauernde Beschäftigung bei  
H. Wolf, Burgstr. 29.

Dem Publikum vom „Häutentempel“  
Freih. Bergmann, zu seinem 38. Geburtstag ein donnerndes Hoch! 18706  
Die soliden Maurer v. Wedding, F. M. G. W. A. P.  
E. G. H. W. F. Sch. W. P. G. B.  
Hierdurch nehme ich die Beileidigung gegen Frau Schultze zurück.  
6919  
Anna Frieder, 29a.

### Möbelverkauf

passende Gelegenheit für Brautleute. In meinem Möbelmagazin, Neue Königsstr. 59, sollen viele Wohnungseinrichtungen, vertrieben gewesene und neue Möbel zu sehr billigen Preisen verkauft werden. Besonders zu empfehlen ist der große Vorrath vertrieben gewesener und zurückgelehnter Möbel, welche fast neu sind und zu ermäßigten Preisen abgegeben werden. Durch große Gelegenheitskäufe ist es mir möglich, schon Wirtschaften von 100, 300 Mark abzugeben. Ebenfalls hochsehr herrschaftliche Einrichtungen von 500 bis 3000 Mark. Teilzahlung gestattet. Beachten ohne Anzahlung, Kleiderständer 20 Mark, Kommoden, Küchenschränke 15, Stühle 3 Mark. Kuchentisch 10 Mark, Kleiderständer 35, Bettstellen mit Matrassen 20, Sophas 20, Säulenstühle hochlegant, Truhen mit Säulen und Kristallglas 65, Buffets in vielen Größen, Gullerbureau, Herrenschreibtisch, Damenschreibtisch, Schreibstühle, Garnituren 60 Mark, neue Plüschgarnituren von 105 Mark an, Paneelelch, Bücherständer, Bilderrahmen, Gipselounges, Salongarnituren, Portièren, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 6 Mark. Vollständig ausgestatteter, decorierter Salon, Speisezimmer und englisches Schlafzimmer sind zur Ansicht. Gekaufte Möbel können 3 Monate kostenfrei lagern, werden durch eigene Gespanne transportiert, auch nach außerhalb. Bitte genau auf Hausnummer zu achten.

**Achtung! Neu eröffnet!**  
Restaurant und Bierverlag von 31342  
Paul Zimmermann,  
Markgrafenstr. 8, fröh. Gräberweg 19.

**Bier- u. Frühstückslokal**  
Emil Ladner, Taubenstr. 10.

**Betten,** Reisekoffer, Regulatoren, Cernierstühle, Nähmaschinen, Sportbillig  
Friedrichs-Neanderstr. 6. 837

**Eckdestillation** verl. Dme. Götting, Frankfurter Allee 166. Preis 1800, Ritze 1100 Mrk. 5806

### Leder-Hosen



Schlosser-Blousen	Blau gestreifte Bo-gatta-Stoffe	1 Mk. 75
Ge-Molskin	Mittel-starker	2 Mk. 50
streifte Molskin	Sehr fester	3 Mk. 75
Leder-Hosen	Dickes festes Leder	4 Mk. 75
Hosen	Prima Leder	6 Mk. 25
Ein-farbige Molskin	Mittel-starker	2 Mk. 50
Leder-Hosen	Sehr fester	3 Mk. 50
Hosen	Dickes festes Leder	4 Mk. 50
Hosen	Prima Leder 9-6 Mk.	7,50 bis

Als Maass genügen Leibweite und Schrittlänge.  
**Baer Sohn**  
Chausseestr. 24a Brückenstr. 11, Gr. Frankfurterstr. 16.  
Aufträge von Mk. 20,- an franco. — Preisliste gratis.  
Obige Preise gelten für normale Figuren.

**Achtung!**  
O. J. Engelke, Neue Jakobstraße 26, ehien alten Nordhäuser Bier Nr. 1, 1/2 u. 3/4 Liter, 1.40, 0.70, extra alle Waare 1.40, 0.70.  
Kleinverkauf von 10 Pf. an.

**Brunnhilde! Roland Cheviot!**  
Unverwüstliche u. echtfarbige Spezialitäten der Firma Carl H. Klippstein & Co., Mühlhausen i. Thür. No. 11  
Weberei und Versand-Geschäft.  
Unsere reichhaltige Kollektion von Damen- und Herrenstoffen sowie Portièren steht auf Wunsch franco zur Verfügung.  
Zahlreiche, uns unverlangt zugegangene Anerkennungs-schreiben bezeugen die Vorzüglichkeit unserer Stoffe.

**Einsegnungs-Anzüge**  
in blau u. schwarz Kammgarn u. Cheviot zu sehr billigen, aber festen Preisen  
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.  
Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maß.

**Gastwirthschaft von G. Lindenhayn**  
Friedrichstrasse 2. 30400  
Zimmer von 25-30 Personen.  
Saal bis 80 Personen mit Piano. — Garten u. Regeltbahnen.  
Arbeiter-Verkehrslokal.

**Reinhold Herrmann, Budiser, Adlershof.**  
— Wo denn schon so weit dagewesen? —  
Was denn? —  
Na, ich man morgen meine Annonce! —

**Carolinenhof, C. Mandt, Restaurant.**  
Dampfschiffs-Station. 129592  
Zwischen Grünau und Schmöckwitz schönster Punkt der Oberspree.  
Ständliche Dampfbus-Verbindung Bahnh. Grünau. — Wohl-Spielplätze.

**R. Hohlwein's Keglerschlösschen, vierdes Hofal, Trepow.**  
hinter der Verbindungsbahn.  
Schöner Garten. Glas Bier 10 Pf. Große Weisse 20 Pf. Kaffeehosen A. Liter 60 Pf. 29832  
R. Hohlwein.

**Wirthshaus Schmargendorf,**  
Warnemünderstr. 6, direkt am Grunewald, mit Garten, Tanzsaal, Vereinszimmer, Kaffeehäuser (A. Liter 60 Pf.). — Vereinen und Gesellschaften angelegentlich empfohlen. — Vorzügliche Speisen und Getränke zu soliden Preisen. Vauenhof Bier, Glas 10 Pf. 29822  
Jeden Sonntag: Grosser Ball. Karl Baier.